

Context XXI

ISSN 1028-2319 • 35,- ATS • 5,- DEM

Nummer 6/1999

ÖSTERREICHISCHE WERTEGEMEINSCHAFT

Rechter Aufstieg und ratlose Linke 4

VON THOMAS SCHMIDINGER

Österreich? Wir? 6

Ein Land kommt zu sich – wie kommen wir dazu?

VON GMEINER, PINTER, ZÖCHLING, HUFNAGL UND GRIGAT

Identitätssucht am 12. November 10

VON ALEX GRUBER UND TOBIAS OFENBAUER

WESTLICHE WERTEGEMEINSCHAFT

Jugoslawien und die neue Konkurrenz im Weltmaßstab 12

VON ROBERT FOLTIN

Auschwitz im Kosovo. 15

VON TJARK KUNSTREICH

ÖSTLICHE WERTEGEMEINSCHAFT

Tschetschenien – Föderalisten contra Sezessionisten 17

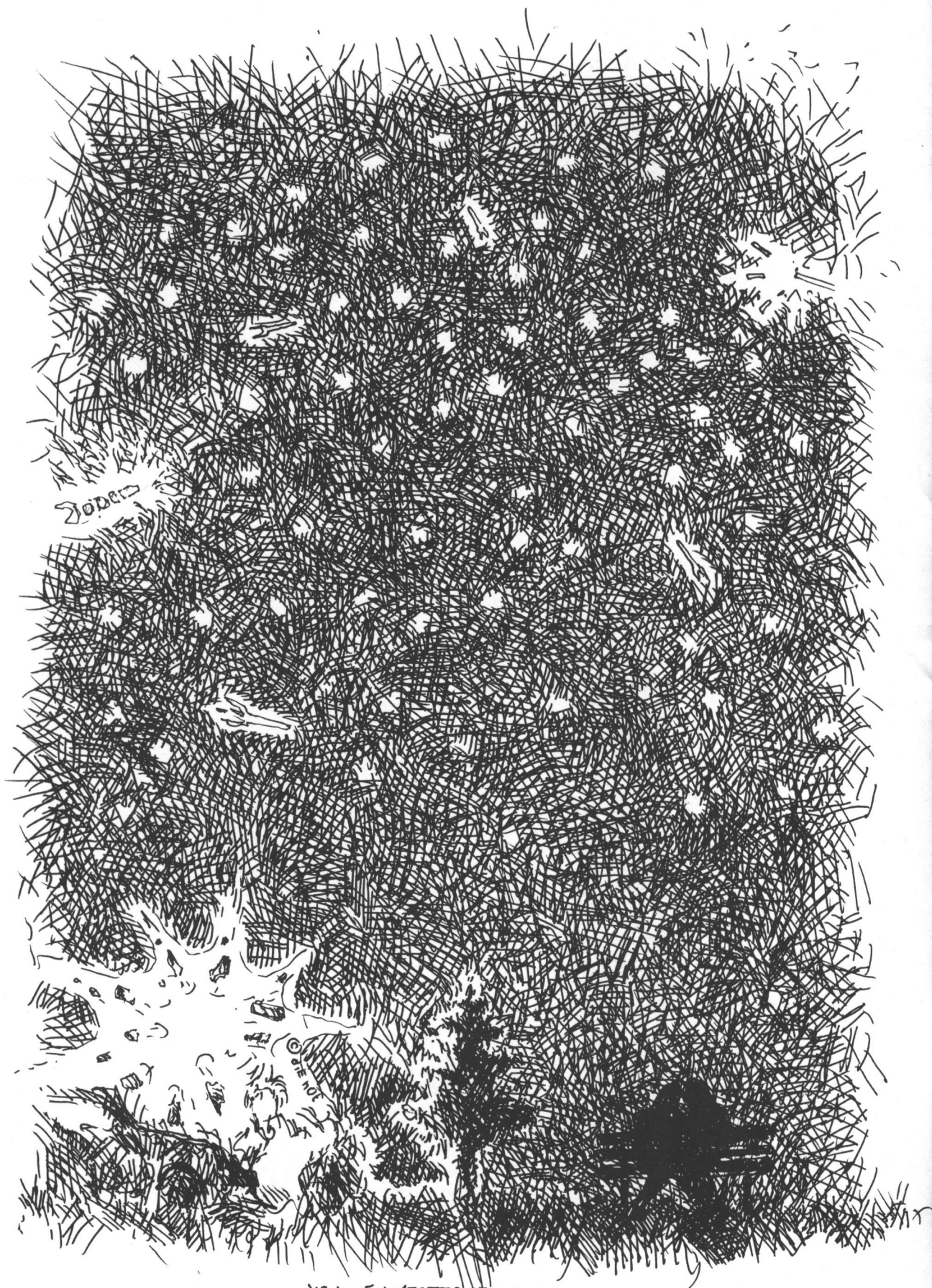
VON LUDMILLA KRENZ

MILITÄRISCHE WERTEGEMEINSCHAFT

Pakistan – Military Rules Politics 20

VON MOHAMMAD NAEEM KHAN

Impressum 3



Y2K-SILVESTERFEUERWERK

Liebe Leserin, lieber Leser!

Trotz der schlafwandlerischen Sicherheit, mit der die FPÖ Tuberkulose-Fälle mit Menschen ohne österreichischen Paß in Verbindung bringt und AusländerInnen dadurch ohne Umschweife als Viren- und Bakterienstreuer erscheinen läßt; trotz der Forderung nach verpflichtenden Aids-Tests für AusländerInnen und für nicht näher definierte Randgruppen; trotz der Forderung nach einer sogenannten A-Card für AusländerInnen, die diesmal ausnahmsweise ein Sozialdemokrat, der ansonsten im Bereich der Medieninszenierung dem Führer der österreichischen Widerstandsbewegung nacheifernde Andreas Rudas, treffend als „Apartheid-Card“ bezeichnet hat; trotz alledem ist es immer schwieriger, noch etwas Neues zu Haider und den Freiheitlichen zu sagen. Dennoch kann und will auch **Context XXI** über das Wahlergebnis, die Koalitionsverhandlungen und die damit verbundenen Diskussionen nicht einfach hinweggehen.

Wie von alleine hat sich das Hauptaugenmerk dabei aber nicht auf Haider selbst, sondern auf die KritikerInnen der Haiderei gerichtet. So unverzüglich die Kritik an den KritikerInnen dabei im einzelnen ausgefallen sein mag - sie hofft doch auf die Einsicht der Kritisierten. Gerade jenen gegenüber, mit denen einen zumindest ein partielles gemeinsames Anliegen verbindet, ist in der Sache die Zuspitzung der Kritik notwendig.

Wo in dem Heft nicht Kritik an den KritikerInnen geübt wird, sondern an der FPÖ selbst, waren wir gezwungen, die eine oder andere Wortwahl unserer AutorInnen zu korrigieren - nicht weil sie unzutreffend gewesen wäre, sondern weil wir uns und unseren AutorInnen aus rechtlichen und finanziellen Gründen zur Zeit nicht erlauben können, in allen Punkten genau das zu schreiben, was sie oder wir für wahr halten. In einer Gesellschaft, in der nicht nur jedes Bedürfnis bloß dann be-

friedigt werden kann, wenn es in ein allgemeines Äquivalent übersetzbar ist, sondern in der auch so dumpf anmutende Phrasen wie „Wer das Geld hat, hat die Macht“ eines gewissen Wahrheitsgehalts nicht entbehren, sind wir auf eine merkliche Verbesserung unserer finanziellen Situation angewiesen, bevor wir uns und unseren AutorInnen erlauben können, vor jedes Substantiv auch das entsprechende, nicht euphemistische Adjektiv zu setzen.

In den beiden letzten Heften von **Context XXI** haben Hannes Hofbauer und Uli Krug ihre Sicht des Jugoslawienkrieges dargelegt. Da der Waffengang am Balkan noch keineswegs beendet ist, versuchen wir auch in dieser Nummer mit Robert Foltins Beitrag an die Auseinandersetzung über die Kriegsgründe anzuknüpfen, während sich Tjark Kunstreich nochmals mit jener Lüge auseinandersetzt, die in offiziellen Verlautbarungen insbesondere in jenem Land als

Kriegsgrund ausgegeben wurde, in dem man mit militärischen Angriffen auf Jugoslawien in diesem Jahrhundert schon einige Erfahrung hat.

Was bei der Bombardierung jugoslawischer Städte noch als Kollateralschaden durchging, mutiert im Fall der ebenfalls nicht zimperlichen Bekämpfung der tschetischen Freunde der islamistischen Volksgemeinschaft durch die russische Armee in den westlichen Medien zusehends zu einem zivilisations- und menschenrechtsfeindlichen Akt - eine Einschätzung, die bereits einen zukünftigen Kriegsgrund für die Zerschlagung Rußlands liefern könnte.

Während in den westlichen Demokratien Herrschaft mittels verbindlicher Rollenaufteilungen organisiert ist, tendieren insbesondere Elendsverwaltungsökonomien dazu, die formale Trennung zwischen Politik und Militär immer mal wieder aufzuheben. Naeem Khan beschreibt das aus aktuellem Anlaß am Beispiel Pakistans.

STEPHAN GRIGAT,
DEZEMBER 1999

Context XXI

Schottengasse 3A/1/59, A-1010 Wien
Telefon ++43-1-535 11 06, Telefax: ++43-1-532 74 16
E-mail: contextXXI@mediaweb.at

Medieninhaber: Bureau N° 2 – Agentur für Kommunikation und Information **Herausgeberin:** Arbeitsgemeinschaft für Wehrdienstverweigerung, Gewaltfreiheit und Flüchtlingsbetreuung **Redaktion:** diE nOt, Manfred Gmeiner, Stephan Grigat (koordinierender Redakteur), Elfriede Hufnagl, Markus Kemmerling, Markus Pinter, Alexander Schürmann-Emanuel (Hereingeber der Internet-Ausgabe) und Robert Zöchling (geschäftsführender Redakteur) **AutorInnen dieser Ausgabe:**

Robert Foltin, Alex Gruber, Mohammad Naeem Khan, Ludmilla Krenz, Tjark Kunstreich, Tobias Ofenbauer, Thomas Schmidinger
Titelgraphik: diE nOt **Layout:** Kemmerling Zöchling & Partner Medien- und Informationsdienste KEG, Schottengasse 3a/1/4/59, 1010 Wien, Telefon 533 14 27, Telefax 532 74 16
Hersteller: Resch & Vana, Rosinagasse 19, 1150 Wien, Telefon 89 32 358, Telefax 89 32 358-4 **Abo:** 250,- ATS/Jahr; Förderabo: 700,- ATS/Jahr; Ausland: 350,- ATS/Jahr, Übersee: 450,- ATS/Jahr bitte für die Empfängerin *spesenfrei* überweisen oder bar zusenden. Bitte *keine Vorauszahlungen* – Rechnung abwarten **Mitgliedschaft ARGE WDV:** 500,- ATS/Jahr; ermäßigt: 350,- ATS (inkl. Abo **Context XXI**) **Konto:** 0521-07281/00 bei Creditanstalt-Bankverein (BLZ 11.000) **Context XXI** ist Mitglied der **VAZ** – Vereinigung alternativer Zeitungen und Zeitschriften.

<http://contextXXI.mediaweb.at> • Die nächste gedruckte Ausgabe erscheint am 28. Februar

Rechter Aufstieg und ratlose Linke

Nicht die Behauptung, alle FPÖ-WählerInnen seien RassistInnen, sondern die Annahme, alle RassistInnen würden FPÖ wählen, ist falsch.

VON THOMAS SCHMIDINGER*

Mit dem Ergebnis der jüngsten Nationalratswahlen wurde die erfolgreichste rechtsextreme Partei Europas zur zweitstärksten Partei Österreichs.¹ Eine Woche später lag sie bei Umfragen noch einige Prozente über ihrem Wahlergebnis von 27,2 %. Die bürgerliche Öffentlichkeit war sich nach dem Wahlergebnis sofort im klaren darüber, wie ein solches Wahlergebnis zustandekommen konnte. „Unzufriedene“ und „Modernisierungsverlierer“ hatten die FPÖ gewählt. „Berechtigte Ängste“ hatten dabei die Hand zum Kreuzerl für die Haider-Partei geleitet und nicht etwa Rassismus. In der SPÖ konnte sich Karl Schlögl schon als der neue starke Mann im ORF präsentieren, ehe einige Funktionäre doch darüber nachzudenken begannen, ob es denn die ideale Strategie wäre, die FPÖ rechts überholen zu wollen.

Auch die Parteispitze der Grünen war sich sicher, daß dieses Wahlergebnis nicht etwa auf den Rassismus in der österreichischen Bevölkerung zurückzuführen wäre, sondern auf Unzufriedenheit. Parteichef Van der Bellen wollte gar auf Tournee gehen, um der internationalen Öffentlichkeit zu erklären, „daß Österreich kein Naziland ist“. Der grüne Partei- und Klubchef in einer Person sah den „Wirtschaftsstandort Österreich“ gefährdet. Erst ein Aufschrei der innerparteilichen Restlinken konnte ihn von der Verwirklichung dieses Vorhabens abhalten.

Die einzige Partei, von der während und nach dem Wahlkampf des öfteren antirassisti-

sche Töne zu hören waren - das Liberale Forum - wurde schließlich von den WählerInnen mit dem Hinauswurf aus dem Parlament belohnt.

Die öffentliche Debatte nach den Wahlen konzentrierte sich schließlich auf Koalitionspekulationen und die Frage „mit oder ohne Haider“. Die Frage, warum denn in einem wirtschaftlich prosperierenden Land mit einer gefestigten parlamentarischen Demokratie über 27 % der WählerInnen einer offen fremdenfeindlichen Partei ihre Stimme gaben, wurde kaum mehr gestellt.

Selbst ein Großteil der bewegungsmarxistischen Linken beantwortete diese Frage letztlich mit dem Hinweis auf Sozialabbau und die Sozialdemagogie der FPÖ. Einige trotzkistische Gruppen versuchen seither einmal mehr den FPÖ-WählerInnen zu erklären, daß sie eigentlich gegen ihre eigenen Interessen gestimmt hätten. Mit dem Großteil der Linken vereinigt sie, daß sie - wie seit Jahren - RassistInnen erklären wollen, daß sie für eine fremdenfeindliche Partei gestimmt haben.

Genau das wissen die FPÖ-WählerInnen jedoch schon, seit sie die FPÖ wählen. In der neuesten Eurobarometer-Umfrage schätzten sich 14 % der ÖsterreicherInnen selbst für „sehr rassistisch“ ein, weitere 28 % für „ziemlich rassistisch“ und noch einmal 23 % für ein „bißchen rassistisch“. Nicht nur die WählerInnen der FPÖ wissen von sich selbst, wie rassistisch sie sind, und haben ihre Partei genau we-

gen deren Fremdenfeindlichkeit gewählt. Den WählerInnen dieser Partei zu erklären, daß sie doch einer fremdenfeindlichen Partei ihre Stimme geben, ist im besten Fall Eulen nach Athen tragen, im schlechtesten Wahlwerbung für die FPÖ. Die österreichische Realität sieht anders aus, als sich das die bürgerlichen und linken VerteidigerInnen „des Volkes“ wünschen. Es ist nicht so, daß nicht alle FPÖ-WählerInnen RassistInnen wären, sondern so, daß nicht alle RassistInnen FPÖ wählen.

Historische Kontinuitäten

Was diesen weit verbreiteten Rassismus betrifft, gibt es sehr wohl historische Kontinuitäten. Durch die sehr oberflächliche „Entnazifizierung“ Österreichs und die These, das erste Opfer des Nationalsozialismus gewesen zu sein, konnte sich eine ganze Bevölkerung vor der Auseinandersetzung mit den ideologischen Grundlagen, die zum Nationalsozialismus geführt haben, drücken. Viele der Ideologeme, die sich in den dreißiger Jahren zu einem geschlossenen faschistischen und schließlich nationalsozialistischen Gedankengebäude zusammenfügten, konnten so nicht nur überleben, sondern auch an zukünftige Generationen weitergegeben werden. Als mit der Waldheim-Affäre die österreichische Vergangenheit langsam ein Thema wurde, wurde dies schließlich mit einem „Jetzt erst recht“-Effekt als volksgemeinschaftliche Schuldabwehr beantwortet. Bis 1986 war die Schuldverstrickung von

*) Thomas Schmidinger ist Aktivist der Ökologischen Linken in Wien

ÖsterreicherInnen in die Verbrechen der Shoah nie thematisiert worden. Danach beschwerten sich die TäterInnen und deren Nachkommen darüber, daß „die Juden“ sie mit diesen alten Geschichten nicht in Ruhe lassen könnten.

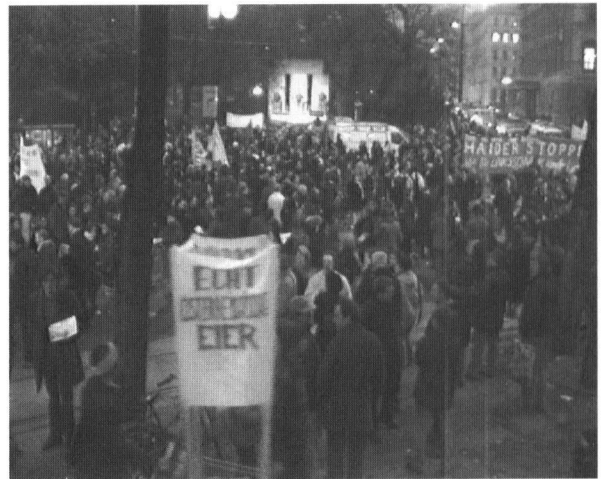
Dies sind letztlich Spätfolgen der Art und Weise, wie sich der Übergang vom Nationalsozialismus zum postfaschistischen Parlamentarismus vollzogen hat. Die Demokratie nach 1945 etablierte sich ohne eine entsprechende Um-erziehung der Bevölkerung. In der überwiegenden Mehrheit wurde sie von (ehemaligen) Nazis und deren MitläuferInnen getragen. SPÖ und ÖVP wie natürlich auch die später gegründete FPÖ hatten schließlich ein massives Interesse daran, die Vergangenheit zu vergessen. Schließlich befanden sich genug „Ehemalige“ in den eigenen Reihen und schließlich bildeten diese „Ehemaligen“ ein wichtiges WählerInnenpotential, denn tote Jüdinnen und Juden, tote Roma oder Homosexuelle gehen nun einmal nicht mehr zur Wahl. Das ist der Bodensatz auf dem die FPÖ ab Mitte der achtziger Jahre groß werden konnte. Natürlich spielt dabei ein allgemeines Anwachsen rechtsextremer Parteien in Europa auch eine Rolle. Dies erklärt aber noch lange nicht die besondere Stärke der FPÖ in Österreich und die Vorreiterfunktion, die dieses Land bei der Durchsetzung dieses neuen Rechtsextremismus in Europa spielte und spielt. Diese Vorreiterrolle muß also mit dieser spezifisch österreichischen Geschichte des Verdrängens und Vergessens, der Flucht in die Opferrolle und der Tradierung von Antisemitismus, Rassismus und autoritärem Denken zusammenhängen.

Solange sich diese Haltungen nicht ändern und keine wirkliche Auseinandersetzung des Täterkollektives mit den ideologischen Wurzeln des Nationalsozialismus stattfindet, kann die Hoffnung auf das „andere Österreich“, der Hinweis darauf, daß „über 70% Haider nicht gewählt“ hätten, bestenfalls eine naive Wirklichkeitsverweigerung darstellen.

Das Volk und die Massen

Das „Volk“, diese rassistische und antisemitische „Volksgemeinschaft“, die sich selbst zelebriert und feiert, gälte es anzugreifen, sollte wirklich Widerstand gegen Antisemitismus und Rassismus geleistet werden. Wenn die Mehrheit der ÖsterreicherInnen aus Rassisten und Antisemiten besteht, muß eben eine Auseinandersetzung mit dieser Mehrheit, mit dem „Extremismus der Mitte“ geführt werden. Da müßten dann auch Reaktionen aus dem Ausland auf den Wahlerfolg der FPÖ nicht nur verstanden, sondern auch unterstützt werden und nicht - nur weil sie zum Teil von nicht allzu sympathischen Personen kommen - volksgemeinschaftlich abgewehrt werden. Wenn von der österreichischen Bevölkerung im Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus nichts anderes zu erwarten ist als die Beteiligung am Pogrom, dann muß sich ein Hilferuf der von diesem Pogrom Bedrohten an die internationale Öffentlichkeit wenden.

Mit Ausnahme einiger antinational ausgerichteten Grüppchen tut jedoch der überwiegende Teil der Linken nichts dergleichen und beschäftigt sich lieber weiterhin damit, die Gründe für den



Rassismus im Sozialabbau zu suchen. Der Antisemitismus, der mit und seit diesem Wahlkampf in viel offenerer Form zu Tage tritt – Ariel Muszikant, Präsident der israelischen Kultusgemeinde, sprach davon, daß sich die Übergriffe auf Jüdinnen und Juden verzehnfacht hätten –, interessiert viele dieser Linken sowieso nicht.

Statt endlich den Mut zu haben, die Grundfesten dieser „Volksgemeinschaft“ anzugreifen, wiegen sich politisch völlig isolierte Linke lieber in der Illusion, doch noch irgendeine Massenrelevanz zu haben. Und bei solch einer halluzinierten Massenrelevanz muß natürlich auf diese Massen geachtet werden. Es können ja nicht jene geschlagen werden, deren Herzen doch gewonnen werden sollen oder bereits gewonnen geglaubt sind. Nicht der konsequente Kampf gegen jeden Nationalismus, Antisemitismus und Rassismus steht somit im Mittelpunkt solcher virtueller Massenbewegungen, sondern der Versuch, den FPÖ-WählerInnen zu erklären, daß Jörg Haider doch gar kein Sozialist ist, der sich wirklich um die „kleinen Leute“ kümmern würde. Stattdessen wird dem „kleinen Mann“ erklärt, daß es eh

- 1 Mit der Bezeichnung „rechtsextrem“ wird keine strafrechtlich relevante oder verfassungsfeindliche Tat oder Gesinnung unterstellt. Das mit der Bezeichnung implizierte Urteil ist rein politischer Natur und basiert auf dem in den Sozialwissenschaften entwickelten Rechtsextremismus-Begriff, wie er beispielsweise von Wilibald Holzer dargelegt wurde (Vgl. Holzer, Willibald I.: Rechtsextremismus - Konturen, Definitionsmerkmale und Erklärungsansätze, in: Stiftung DÖW (Hg.): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. Wien 1993).

nicht so viele „Ausländer“ gibt wie er glaubt und es im übrigen zu seinem eigenen Schaden wäre, sich auf die FPÖ-Politik einzulassen.

Demokratisierter Faschismus

Genau das ist aber keinesfalls gesagt. Es ist durchaus vorstellbar, daß ein FP-regiertes Österreich für viele WählerInnen der Freiheitlichen Vorteile brächte. Eine Gesellschaft mit privilegierten „weißen“ MehrheitsösterreicherInnen, die von der Ausbeutung und Rechtlosigkeit von MigrantInnen leben, ist durchaus eine mögliche Langzeitperspektive eines FP-Regimes. Und dazu bedürfte es keiner Ausschaltung der „Demokratie“. Haider's ständigen Beteuerungen, daß er doch kein Faschist, sondern Demokrat ist, sind zur Hälfte richtig. Demokratie und Faschismus werden nämlich im 21. Jahrhundert nicht mehr zwangsläufig ein Gegensatzpaar sein.

Mit einer Bevölkerung wie der österreichischen ist es durchaus denkbar, für faschistische Politik Mehrheiten zu finden und die parlamentarische Demokratie im Prinzip nicht antasten zu müssen. Natürlich ist es möglich, daß jenen, die diesem demokratisierten Faschismus Widerstand leisten, eine verstärkte Repression ins Gesicht blasen wird. Sofern dieser Widerstand eine gesellschaftliche Relevanz entwickelt, ist dies sogar mit Sicherheit der Fall. Den grundsätzlich demokratischen Charakter einer FPÖ-Herrschaft würde dies jedoch nicht in Frage stellen. „Demokratie“ heißt schließlich nicht Herrschaftslosigkeit, sondern Volksherrschaft - und bei der Konstituiertheit dieses „Volkes“ ist auch ein ganz demokratisches Pogrom

durchaus keine Spekulation, die nur der pessimistischen Phantasie von deprimierten Volksfeinden entspringt.

Jörg Haider's FPÖ ist nicht entweder demokratisch oder rechtsextrem, sondern beides. Das Erfolgsrezept dieser Partei macht nicht nur ihre offene Fremdenfeindlichkeit aus, sondern auch die Modernisierung und Demokratisierung jenes Gedankengutes, auf dem die Partei ideologisch aufbaut. Die FPÖ ist heute die modernste Partei Österreichs. Die Art ihrer Präsentation ist voll und ganz auf die postmoderne Popkultur der Jahrtausendwende zugeschnitten. Sie ist modern, jung, dynamisch, frech, leistungstark und bis zu einem bestimmten Grad postmodern-prinzipienlos. In ihren Inhalten dient sie primär als Verstärkeranlage der Bierische und anderer Foren der „Volksseele“. Für die Jungen wird in der Disko gerockt, für die Alten im Bierzelt geschunkelt, und so kann die FPÖ selbst die Generationen miteinander versöhnen und jene Volksgemeinschaft in ihrer Partei verwirklichen, die sie zu einer wahrhaften „Volksparterie“ anwachsen ließ.

Mit Ausnahme der ebenfalls sehr erfolgreichen Alleanza Nazionale in Italien hat keine andere rechtsextreme Partei Europas den Sprung von einer verstaubten Altherrenpartei zu einer modernen, demokratischen Massenpartei so erfolgreich bewältigt wie die FPÖ. Zusammen mit dem historisch guten Boden für so eine Politik in Österreich und dem vorausseilenden Gehorsam der SPÖVP-Koalitionsregierung gegenüber der FP-Politik, ist dies wohl einer der Hauptgründe für den politischen Höhenflug der FPÖ, der vielleicht schon bald ins Kanzleramt führen könnte.

Österreich? Wir?



Dieses Land ist nach den Wahlen, was es auch vorher schon war. Die Rückkehr zur Normalität ist nicht die Lösung, sondern das Problem.

VON DEN
REDAKTIONSMITGLIEDERN

Als nach der Nationalratswahl das eintraf, was schon lange zu erwarten war, nämlich daß der ständig Stimmen gewinnende Haider die ständig Stimmen verlierende ÖVP überholt, schwärmten Politiker und Journalisten aus, um im Ausland zu beschwichtigen: Es sei alles nicht so schlimm. Daß Österreich kein Nazi-Staat ist, ist zwar richtig, doch sind die Anbieterungen an rechtsextreme Veteranenvereine und die einschlägigen Aussagen Haider's keineswegs das Gefährlichste an ihm. Viel gefährlicher ist die moderne, mediengerechte und populistische Variante einer brutalen Politik der Ausgrenzung und gesellschaftli-

chen Differenzierung, die sich ihre Opfer sucht, um Neid und Hoffnungen der Durchschnittsbürger zu bedienen.

Wenn sich die Massen versammeln, um zu zeigen, daß eine Manifestation gegen den Rassismus unter dem Motto „Wir sind Österreich“ mehr Leute auf die Straße bringt als die Wahlabschlußkundgebung Haider's, so scheint diese Veranstaltung ähnlich motiviert zu sein, wie die Österreichentlastungsaktionen der Politiker. Daß mehr Leute nicht Haider gewählt haben als ihn wählten, hat schon das Wahlergebnis gezeigt. Daß es aber eine Mehrheit gegen die ausländerfeindliche Politik der Regierung gibt, die mit ihrer Politik eine Vorreiter- und Antreiberrolle in Europa spielt, ist leider nicht anzunehmen.

Konrad Paul Liessmann schrieb in einem Kommentar, in Österreich sei die Lage noch nicht so schlimm wie in anderen Ländern. Es gebe weniger Übergriffe rechter Gruppen auf AusländerInnen. Vielleicht ist aber die Bevölkerung in Österreich

nur zu obrigkeitshörig, um die Ausländerfeindlichkeit selbst in die Hand zu nehmen. Der/die DurchschnittsbürgerIn kann sich auf eine funktionierende Verwaltung verlassen, die ihm/ihr das „Fremde“ vom Leib hält. Gegen diese Verwaltung gab es zwischen Lichtermeer und Warnblinken leider nur sehr wenig Proteste. Weil man sich nicht wirklich mit der tief verwurzelten Fremdenfeindlichkeit in Österreich auseinandersetzen will, konzentriert man sich auf die „Sager“ Haiders und hält seine Scheinentschuldigungen, wo man sie nicht dankbar annimmt, zumindest für diskussionswürdig.

MANFRED GMEINER

Haider hat sich entschuldigt. Am 12. November. Am Vormittag des selben Tages, an dem Zigtausende in der Wiener Innenstadt gegen ein zunehmend rassistischer gewordenen Klima im Land und in der Politik demonstrierten. Doch vor wem hat Haider seine Entschuldigungsrede gehalten? Vor 300 geladenen FPÖlerInnen und FPÖ-AnhängerInnen in der Hofburg. Man erinnere sich an den Wahlkampf. Die FPÖ stürzte sich vor allem in Wien mit ihren Überfremdungsplakaten voll auf das Thema „Ausländer“. Auch nach der „Operation Spring“ und den Razzien in zwei Heimen im 10. und 17. Bezirk waren die FPÖ-PolitikerInnen um scharfe Worte gegenüber AusländerInnen, insbesondere AfrikanerInnen, nicht verlegen. Beim Tod des Nigerianers Marcus Omofuma während einer Abschiebung stellte sich die FPÖ schützend vor die Fremdenpolizisten. Undso weiter und so weiter.

Je weiter man zurückgeht, wird man mehr und mehr solcher und noch krasserer Beispiele finden. Und nun soll man Haider seine Entschuldigung wirklich abnehmen? Im Asylverfahren müssen die AsylwerberInnen ihre Identität und ihr Vorbringen glaubhaft machen, wenn sie weder Ausweise noch Dokumente vorweisen können. Bei den kleinsten Widersprüchen wird ihnen die Glaubwürdigkeit abgesprochen. Einmal versprochen, einmal beim Datum geirrt: nicht glaubwürdig. In Asylbescheiden der österreichischen Bundesasylämter heißt das dann in etwa folgendermaßen: „Aufgrund obiger Ausführungen erscheint Ihr Vorbringen nicht glaubhaft“ oder „Es scheint nicht glaubwürdig, daß Sie aus dem Staat XYZ stammen.“ Letztere Begründung kommt häufig in Bescheiden von AfrikanerInnen vor.

Wenn ich allein die Aussagen Haiders in Erwägung ziehe, an die ich mich erinnern kann, sind diese schon so widersprüchlich, daß ich ihm die Glaubwürdigkeit absprechen muß. Selbst wenn er sich in Gegenwart der von seinen Tiraden Betroffenen entschuldigt hätte – ich bin mir aber nicht sicher, ob diese ihm überhaupt zuhören hätten wollen –, würde das an meiner Meinung nicht viel ändern. Diese Rede hielt er meines Erachtens nur, weil ihm seine Aussagen bei Pressekonzferenzen in mehreren europäischen Ländern niemand abgenommen hatte und weil die Demonstration bevorstand. Haider wollte sich einmal mehr regierungsfähig präsentieren. Es ist klar, daß Haider und die FPÖ nicht allein für das ungute politische Klima verantwort-



lich sind. Sie sind allerdings verantwortlich für ihre Aussagen und Handlungen. Und deren Liste ist zu lang, als daß eine halbherzige Entschuldigungsrede ausreichen würde, um alles vergessen zu machen.

MARKUS PINTER

Wenn es gegen Haider geht, darf es nicht bloß gegen Haider gehen. Es darf auch nicht bloß gegen Schlögl, gegen eine SPÖ oder eine ÖVP gehen, die sich angeblich von Haider antreiben lassen. Wer oder was da wen treibt, ist so einfach nur für „die Medien“ zu beantworten, die immer einen Kasperl und ein Krokodil brauchen. Es erstaunt mich immer wieder, wie unbefangen und ungebrochen im Kreise der angeblichen Opposition nicht nur – im Panikfall – „Österreich“ gegen die österreichische Normalität hochgehalten wird, sondern auch – im Normalfall – „die Politik“ gegen die politische Normalität oder „die Medien“ gegen die Normalität „der Medien“. Über die „Verkommenheit“ „der Medien“ wird bereits ungefähr so lange geklagt wie über die „Verkommenheit“ „der Politik“.

Haiders offene Bezugnahmen auf den Nationalsozia-

lismus wurden weitgehend zwar auch nicht von „den Medien“ aufgedeckt, aber aufgegriffen und kolportiert – worauf sie sich auch etwas zugute hielten. Man sollte also unter den Bedingungen aufgeklärter Öffentlichkeit annehmen, daß diese nationalsozialistischen Anknüpfungen Haiders bekannt, früher konnte man sagen: notorisch, sind. In „den Medien“ sind sie das nicht: Bereitwillig kolportieren sie jetzt Haiders eigene Umdichtung, seine Nazi-Äußerungen seien ihm bloß „zuschrieben“ worden, wofür er sich – warum und wofür denn also? – entschuldige. Darauf werden ihm von „den Medien“ nicht etwa die Belege seiner früheren Äußerungen entgegengehalten, denn das wäre langweilig. Stattdessen wird der Bundeskanzler aufgefordert, doch irgend eine Reaktion, irgend ein „Eingehen“ auf Haiders „Entschuldigung“ zu demonstrieren, seine sogenannte „Haltung“ gegenüber Haider doch irgendwie zu ändern. Wie wichtig ist unter solchen Vorzeichen, was jeweils gerade als „Haltung“ des einen oder des anderen gilt? Was nicht als Match zweier talking heads darstellbar ist, ist nicht. So nimmt das Spektakel seinen Lauf –

vorbei an jedem gedanklichen Zusammenhang und jedem gesellschaftlichen Sinn. Was also will man da noch von „den Medien“? Schon gar „gegen Haider“? Beide gehören der selben Normalität an, gegen die es daher gehen muß.

Üblicher Vorwurf an dieser Stelle: das sei Defaitismus, Attentismus, Zynismus – jedenfalls ziemlich unpraktisch. Das alles, bitteschön, ist es nicht. Kurze Erklärung: Was Sie gerade in der Hand halten ist ein Medium gegen „die Medien“. Was soll das bedeuten? Es handelt sich um den ernsthaften Versuch, ein Medium zu gestalten, das sich den normalen, marktlichen Erfolgskriterien für Medien-Waren zu entziehen trachtet – zugunsten von – annäherungsweise - Kritik und Aufklärung. Es muß jenseits „der Medien“ bessere gesellschaftliche Verständigungsmöglich-

keiten als „die Medien“ geben, die heute jede menschliche Verständigungsmöglichkeit immer radikaler und immer deutlicher erkennbar negieren. Da wir uns noch nicht im hoffentlich besseren gesellschaftlichen Jenseits befinden, bleibt uns nichts anderes übrig als der prekäre Versuch, eben ein Medium

gegen „die Medien“ zu gestalten – und mit „den Medien“ auch unsere eigenen, aufgenötigten Bestandsgrundlagen zu kritisieren (nämlich den Markt, auf dem Medien „die Medien“ sind, zu denen wir nicht gehören wollen). „Die Politik“ ist, was sie ist in einer Gesellschaft, die das menschliche Zusammenleben immer deutlicher negiert. Die arbeitende und konsumierende Konkurrenz aller gegen alle läßt von den Menschen – und erst recht von ihren „Beziehungen“ untereinander – immer weniger übrig. Ein Aspekt des an allen Ecken und Enden ausbrechenden Rassismus ist, daß es die in Arbeit und Konsum aufgelösten Menschen mit sich selbst und ihresgleichen immer schwieriger auszuhalten. Da diese Einsicht noch schwieriger auszuhalten ist, verlegt sich das trübe Bewußtsein vom allgemeinen

Von „der Politik“ zu erwarten, sich dem entgegenzustemmen, läuft auf die Erwartung hinaus, Politik könne entgegen der destruktiven Dynamik der Ökonomie noch positive, emanzipative Leistungen erbringen, die menschlichen Möglichkeiten halbwegs aller erweitern oder verbessern. Kann sie das aber nicht (worauf so ziemlich alle Erfahrung der letzten Jahre hinweist), dann bleibt auf dem Feld „der Politik“ als taktisches, vielleicht strategisches Herangehen nur noch, Politik gegen „die Politik“ zu betreiben. Das erfordert allerdings von denen, die sich im politischen Feld bewegen, ein Höchstmaß an Eigensinn: also die Bereitschaft, sich den normalen Kriterien der Stimmenmaximierung im Wege beispielsweise „der Medien“ zu entziehen, *faute de mieux* eine Politik zu betreiben, die ihre eigenen spektakulären Bestandsgrundlagen kritisiert – nicht nur in (auch wieder mit dem Spektakulären spekulierenden) „Sagern“ in eben „den Medien“ und (im günstigsten Fall) persönlich geäußelter Zustimmung, sondern in ständiger praktischer Kritik.

Mit einiger Wahrscheinlichkeit ist das an die Adresse von PolitikerInnen zu viel verlangt. Ich weiß also nicht und muß auch nicht wissen, ob diese Aufforderung realistisch ist. Auf jeden Fall ist eines realistisch: Eine Politik, die sich den Erfolgskriterien „der Politik“ und den Zumutungen „der Medien“ kritiklos unterwirft, sitzt unweigerlich mit Haider in einem Boot. Dieses Boot ist voll, sein Kurs ziemlich klar erkennbar – es ist an der Zeit, die Rettungsboote zu Wasser zu bringen.

ROBERT ZÖCHLING

Nach dem Wahlerfolg der FPÖ und den anfänglichen Bestürzungskundmachungen und –kundgebungen seitens des politischen Establishments und LeittartiklerInnen hat der Alltag im politischen Tagesgeschäft wieder Einzug gehalten.

Nachdenklich sollte nicht nur der Wahlerfolg, sondern auch die Tatsache stimmen, daß die politischen Inhalte der FPÖ klassenübergreifend auf Zustimmung stoßen. Konstruierte Bedrohungsszenarien wie Überfremdung, Sozialschmarotzer, Drogendealer, Linke etc. fallen in einer Gesellschaft der Neider und der Fremdenfeindlichkeit auf fruchtbaren Boden.

Abgesehen vom ganz offensichtlich zu Tage getretenen Rechtsruck und Rassismus bei den österreichischen WählerInnen, dreht sich das Karussell der österreichischen Politik munter weiter. Der Betroffenheit folgten sofort Beschwichtigungsreden und diverse Rundreisetätigkeiten, die alle zum Ziel hatten, das vermeintlich falsche Bild von Österreich ins rechte Licht zu rücken. Nicht nur die FPÖ war bemüht, klarzustellen, daß die KritikerInnen – insbesondere im Ausland – ein völlig falsches Bild von ihr hätten. Die Normalität der politischen Verhältnisse wurde vom Bundespräsidenten abwärts, quer durch alle Parteien beteuert. Es folgten dort und da Entschuldigungen für Zuschreibungen von Worten, die so nicht gesagt wurden, obwohl sie ausgesprochen wurden und diesen auch Taten folgten. Freudige Erregung war zu vernehmen, daß diese notwendigen, klärenden Worte endlich ausgesprochen wurden. Erleichterung über diese nicht so ge-



Haß gegen alles und jeden auf den speziellen Haß gegen jeweils diejenigen anderen, die am einfachsten (etwa qua Aussehen, Hautfarbe) oder am kurzschlüssigsten (ein Aspekt des Antisemitismus, auch ein Aspekt der Konstruktion verschiedener „ausländischer“ Mafien der letzten Jahre) abzusondern sind.

Haß gegen alles und jeden auf den speziellen Haß gegen jeweils diejenigen anderen, die am einfachsten (etwa qua Aussehen, Hautfarbe) oder am kurzschlüssigsten (ein Aspekt des Antisemitismus, auch ein Aspekt der Konstruktion verschiedener „ausländischer“ Mafien der letzten Jahre) abzusondern sind.

meinten, aber halt doch ausgesprochenen Worte machte sich insbesondere an der Staatsspitze, bei SP und VP sowie manchen schreibenden Meinungsmachern breit. Natürlich fehlte nie der Nachsatz, daß den Worten auch Taten folgen müßten, was auch prompt passierte: jedem Ausländer seine ganz persönliche A-Card. Es folgte wieder eine kleine Aufregung, aber geblieben ist doch die Entschuldigung für die ungerechten Zuschrei-

tärische Flüchtlingsabwehr an der Grenze zur Sicherung des Wohlstands gut zu heißen. Die Hemmschwelle für rassistische Worte und Taten in Alltag und Politik wird mit jedem Wahlkampf geringer. Diese sich abzeichnende Hegemonie rassistischer und rechter Politik hat ihre Verbündeten nicht nur bei den FPÖ-WählerInnen, vielmehr sind sie in allen politischen Lagern vertreten. Es mag wegen anmuten, aber diesem Trend kann man nur mit ei-



bungen und somit der Beweis für die Regierungsfähigkeit von Haider & Co.

Fest steht, daß ohne FPÖ in Zukunft keine Regierung mehr zu machen ist - wenn nicht diesmal, dann ganz sicher das nächste Mal. Es ist nur mehr eine Frage von Monaten, bis die SPÖ die Worte findet, warum auch für sie eine Zusammenarbeit mit der FPÖ genauso normal ist, wie es für sie normal ist, restriktive Ausländergesetze zu beschließen, Menschen ohne österreichischer Staatsbürgerschaft aus den Gemeindefunktionen oder von den Wahlen auszuschließen, Feindbilder wie die Organisierte Kriminalität oder schwarzafrikanische Drogendealer aufzubauen und militä-

ner linkspopulistischen Politik entgegenzutreten, die auch nicht davor zurückschreckt, breite Bündnisse einzugehen.

ELFRIEDE HUFNAGL

Die zu einer merkwürdigen Variante von RadikaldemokratInnen mutierten Freiheitlichen profitieren nahezu zwangsläufig von der Krise des Austrokeynesianismus, die das im bürgerlichen Subjekt angelegte Potential von Rassismus und Antisemitismus immer offener zutage fördert. Im prosperierenden Fordismus waren Volk und SPÖ-dominierter Staat als erfolgreiche Wertproduktionsgemeinschaft vereint. Nun scheint es für das wert- und staatsfetischistische Subjekt, das die eigene Ver-



gesellschaftung mittels der Verwertung des Werts nicht begreifen kann und sich daher permanent dunkle Mächte halluzinieren muß, die für alles und jedes verantwortlich gemacht werden, so, als würde die Sozialdemokratie aus purer Gemeinheit ihre korporatistischen Versprechen zugunsten eines Setzens auf den Neoliberalismus verraten, was der schizophrenen Propaganda der Freiheitlichen Tür und Tor öffnet. Schizophren ist diese Propaganda insofern, als Haider sich einerseits als konsequenter Kritiker der Sozialpartnerschaft geriert, sich andererseits aber als Anwalt der angeblich von der Sozialdemokratie im Einklang mit der internationalen Finanzmafia betrogenen Arbeitskraftbehälter aufspielt. In Haider erwächst so aus der postfaschistischen Normalität ein modernisierter und demokratisierter Führertyp.

Die Freiheitlichen vereinen einen Widerspruch, der aus der Krise des Austrokeynesianismus entsteht. Galt der korporatistische Staat als Sachwalter und Anwalt der ehrlichen Arbeit und des auf das Gemeinwohl verpflichteten Kapitals, so gilt er den meisten Warenmonaden heute als Räuber an der ehrlichen

Arbeit und zugleich zunehmend als asozialer Vertreter des vagabundierenden Finanzkapitals. Die einen, die an der Mehrwertproduktion nach wie vor in nicht unbedeutendem Ausmaß profitieren, mißtrauen dem Staat, weil er die Pauper überhaupt noch mittels Transferleistungen versorgt; die anderen, die zunehmender Verelendung ausgesetzt sind, sehen sich hingegen verraten, weil der Staat diese Transferleistungen permanent zusammenkürzt. Diese Gemeinschaft der staatsfetischistischen StaatskritikerInnen spaltet sich zum Teil parteipolitisch auf, in Haider und den Freiheitlichen ist sie jedoch vereint. Die unterschiedlichen Klientels finden sich alle in Haider wieder, der in seiner beachtlichen Wandlungsfähigkeit sowohl unerträgliche gemeinschaftliche Wärme und bedrohliche Herzlichkeit für sorgengeplagte Menschen ausstrahlt, als auch zur Leitfigur für die erfolgreichen, kaltschnäuzigen, neureichen HedonistInnen werden konnte. Als solcherart hedonistisch-asketischer, modernistisch-anachronistischer Führertyp könnte er durchaus Modellcharakter haben.

STEPHAN GRIGAT

Identitätssucht am 12. November

„Rassismus nein - Österreich ja“ scheint das ganze intellektuelle Rüstzeug der demokratischen AntifaschistInnen am 12. November gewesen zu sein.

VON ALEX GRUBER
UND TOBIAS OFENBAUER*

Am 12. November versammelten sich Menschen zu einer Demonstration, die unter dem Motto „Keine Koalition mit dem Rassismus“ stand, um gegen die „Verhaiderung“ des Landes zu marschieren. Aufgrund des Wahlergebnisses vom 3. Oktober und des Wahlkampfes der FPÖ sah sich die sogenannte „kritische Öffentlichkeit“ dazu genötigt, ihre Vorstellungen von einem „anderen Österreich“ zu präsentieren. Die Nation war in Verruf gebracht worden. Um sich und dem Ausland zu beweisen, daß im Gemeinwesen Österreich zwar einiges im Argen liege, sich das aber mit einem „entschiedene(n) Neubeginn“ und einer „breite(n) Reformoffensive für die Verteidigung und den Ausbau der demokratischen Grund- und Menschenrechte, für die Wahrung des Rechtsstaates“ („Demokratische Offensive“) beheben ließe. Das ganze wird auf den scheinbar intellektuellen Wortwitz „Menschenrechtsruck statt Rechtsruck“ gebracht. Es sollte bewiesen werden, daß es ein „Nicht-Haider-Österreich“ gibt.

Die von den „MenschenrechtsrückerInnen“ vorgenommene Aufspaltung in „harmlosen Patriotismus“ („Wir sind Österreich“) und „übersteigerten Nationalismus“ verweigert sich dem schlichten Sachverhalt, daß beiden Formen die Identifikation mit Volk, Staat und Nation zugrunde liegt. Letztere sind jedoch keine der menschlichen Natur geschuldeten und somit ontologi-

schen Phänomene, sondern der historischen Verfaßtheit der kapitalistischen Gesellschaft sowie der Krisenhaftigkeit bürgerlicher Subjektivität inhärente Vergesellschaftungs- und Ideologieförmungen. Der im Menschenrecht kodifizierte freie und gleiche Staatsbürger stellt die Grundlage für die freie Konkurrenz der WarenbesitzerInnen (auch jener der Ware Arbeitskraft) dar und hat seine/ihre permanente Selbstinwertsetzung zu vollziehen. Da es der Staat ist, der die Menschenrechte durch sein Gewaltmonopol setzt und garantiert, ist jeder/jede, der/die diese Existenzvorschriften affirmiert, fraglos NationalistIn. Der freie und gleiche Tausch hat aber unfreie und ungleiche Voraussetzungen und Folgen. Da sich der Erfolg dieser Inwertsetzung erst im nachhinein über den Markt erweisen muß und von diesem ebenso negiert werden kann, steht dem bürgerlichen Subjekt permanent die Drohung vor Augen, seiner eigenen Überflüssigkeit überführt und aus dem Warenkreislauf ausgeschieden zu werden. Um der ständig drohenden Vernichtung seiner Existenz im Falle der Nichtverwertbarkeit zu entgehen, flüchtet sich das bürgerliche Subjekt zum scheinbaren Gegenüber des Marktgeschehens: dem Staat. Jede objektiv noch so schwachsinnige Begründung der überindividuellen, quasi-natürlichen Schicksalsgemeinschaft wird dabei willig in Kauf genommen, wenn sie nur dazu dient, dem Individuum Identität zu garantieren.

Die Menschenrechte, als vom staatlichen Souverän zum Zwecke der Sortierung seines Menschenmaterials verliehene Rechte, gelten höchstens im bornierten Rahmen des Nationalstaates und vollziehen damit die Aufspaltung zwischen Volk und Bevölkerung – nach außen gegen die „Fremden“, „Schein-AsylantInnen“ und „Wirtschaftsflüchtlinge“, nach innen gegen die „unproduktiven Schmarotzer“, „zersetzenden Intellektuellen“ und „vaterlandslosen Gesellen“. Für diese gelten die Menschenrechte nur so weit, als daß sie bei ihrer legitimen Entfernung aus dem Gemeinwesen nicht unmittelbar ermordet werden sollten. Die grundlegende Sortierung stellen MenschenrechtsfreundInnen nicht in Frage. Wer gegen Abschiebung und Rassismus die Menschenrechte mobilisieren möchte, will den Teufel mit dem Beelzebub austreiben.

Wenn mensch sich die Forderungen des „anderen Österreich“ genauer betrachtet, fällt auf, daß deren Forderungen ebenfalls auf eine Stärkung des Staates hinauslaufen. Die OffensivdemokratInnen erkennen eine ganze Reihe ungelöster Probleme und sehen politischen Handlungsbedarf, appellieren also an den nationalen Souverän.

Linke Volksgemeinschaft

All diese Ergüsse und Ungeheimheiten ließen für die Demonstration nur noch das Schlimmste erwarten. Auf dieser wurde dann die Verwandtschaft von Kollektiv

*) Alex Gruber und Tobias Ofenbauer studieren Politikwissenschaft in Wien

und postnationalsozialistischer Demokratie vor Augen geführt. Die Veranstaltung auf dem Stephansplatz war ein Event, das trotz aller offensichtlichen Unterschiede gewisse Parallelen mit der faschistischen Massenästhetik kaum verleugnen konnte. Was dort stattfand, war das Abfeiern der moralischen Gemeinschaft, in der das Individuum, ohne Wenn und Aber aufzugehen hat. Der ständige Appell an das kollektive „Wir“ sowie die Vereinigung des/der Einzelnen mit der Masse im kollektiven Blinken, geführt durch den auf der Bühne agierenden Agitator, entspricht genau jener Suche nach unhinterfragbarer Identitätsstiftung, nach der sich das bürgerliche Subjekt sehnt, wie die Fliege nach dem Misthaufen (Leo Löwenthal). Dabei geht es eben nicht um Solidarität mit den wirklichen Opfern rassistischer Diskriminierung, sondern um die Zelebrierung eines Hochamtes, um sich am kollektiven „Wir sind gute Mitmenschen“-Geplapper zu berauschen und die eigene Identität – jenes klebrige Österreichische – nicht hinterfragen zu müssen. Ständig wurde den Teilnehmenden versichert, daß mensch zum Anständigsten gehöre, was die österreichischen Nation jemals hervorgebracht hat, „weder links noch rechts“, sondern unhinterfragbar gute, blinkende, ideelle GesamtösterreicherInnen. Der in den Individuen vorhandenen Sehnsucht nach kollektiver Identifikation wird durch diese Agitation ideal entsprochen. Die Mitglieder des Kollektivs bekommen ihre Verfaßtheit bestätigt und erhalten die äußere Sanktionierung des inneren Wunsches nach nar-

zistischer Selbstaufwertung. Das so gehärtete Kollektiv hat konsequente antiösterreichische Kritik als „zersetzend“ wahrgenommen und ganz ohne Hilfe der Polizei unterbunden. AktivistInnen, die am Stephansplatz ein Transparent mit der Aufschrift „PatriotInnen sind IdiotInnen“ entrollten, wurden von den linksliberalen und mitmenschlichen ZivilgesellschaftlerInnen binnen weniger Minuten handgreiflich des Platzes verwiesen.

Die gesamte Veranstaltung samt propagandistischen Beiwerts diente der Formierung des Bewußtseins. Die in den dreißiger Jahren von Walter Benjamin noch für die Faschisten konstatierte Ästhetisierung der Politik umfaßt heute das gesamte gesellschaftliche Spektrum. Ein Kurzfilm, der in geraffter Form die Botschaft der Demonstration wiedergeben sollte, bediente sich hierzu Elementen, die fatal an eine Leni Riefenstahl-Ästhetik¹ erinnerten, mittels derer jede kritische Distanz zwischen RezipientIn und Werk eingeebnet und bruchlose Einfühlung und Identifikation erreicht werden sollte. Harte Schnitte und düstere Motive sollten von der Gemeinschaft entfremdete Verhältnisse darstellen, in denen Trostlosigkeit, Haß und Kälte herrschen, aus denen Aggression entsteht. Den Wendepunkt, begleitet von weicher Überblendungstechnik und hellen, freundlichen Farbtönen, stellte die visuelle Verdopplung des Lichtermeeres, also die narzisstische Selbstbespiegelung und Aufwertung des „anderen Österreich“, dar. Aus der von einem faschistischen Fackelzug kaum mehr unterscheidbaren Ästhetisie-



rung des Kollektivs gingen Bilder von lachenden Kindern, fröhlichen Menschen und naturwüchsiger Gemeinschaft hervor. Die Ähnlichkeit zu einer Kritik an der materialistischen und egoistischen Gesellschaft, die mittels unmittelbarer, konkreter Gemeinschaft zu überwinden wäre, ist nur schwerlich von der Hand zu weisen. Die sich in diesem und in weiteren kulturellen Beiträgen manifestierende Psychopathologie der Masse ist mit emanzipatorischem Bestreben unvereinbar.

Tags darauf verspürte Brigitte Ederer, die anläßlich ihres Redebeitrages vor dem Parlament mit Eierwürfen bedacht wurde, einen Hauch von Weimar durch die Republik ziehen: Rechte und linke Extremisten würden gemeinsam die Demokratie unterminieren und den rechtsstaatlichen Konsens gefährden. Sie hatte in einer, ihrer Argumentation diametral entgegengesetzten Weise vielleicht Recht: Die Unterschiede zwischen der FPÖ, die den demokratischen Rechtsstaat auf die Höhe von Sein und Zeit trimmen will, und den Kräften, die sich für oppositionell halten, werden immer gegenstandsloser.

1 Leni Riefenstahl war die deutsche Starregisseurin im Nationalsozialismus. Ihren zweifelhaften Ruhm erlangte sie durch Filme über die NS-Parteitage und über die Olympiade 1936.

Jugoslawien und die neue Konkurrenz im Weltmaßstab

Eine Anknüpfung an die Beiträge „Die Folgen des NATO-Krieges gegen Jugoslawien“ (Context XXI, Nr. 3/99) und „Interesse, Gewissen und Projektion im Jugoslawienkrieg“ (Context XXI, Nr. 4-5/99) nebst einer Besprechung des Sammelbandes von Hannes Hofbauer zum Konflikt auf dem Balkan.

VON ROBERT FOLTIN*

Erinnert sich noch jemand an die blutigen Bilder der Anschläge auf dem Markale, dem Marktplatz in Sarajewo. Inzwischen ist für alle drei Anschläge ziemlich sicher, daß sie nicht von den „Serben“ verursacht wurden. Aber sie lieferten jedesmal die mediale Begründung für Interventionen der sogenannten „westlichen Wertegemeinschaft“. Wie unterschiedlich dazu der Anschlag auf einen Markt einer serbischen Enklave im Kosov@ im September 1999: Es sind immer nur die untersuchenden KFOR-Soldaten sichtbar, jedes zu grausame Bild wird vermieden. Im ersten Fall ist es um die Mobilisierung der Öffentlichkeit gegangen, im zweiten geht es um einen Anschlag, den die NATO und westliche Institutionen im Kosov@ mitzuverantworten haben. Das Kosov@ wird mit Hilfe westlicher Truppen von allen Nicht-AlbanerInnen, hauptsächlich Roma und SerbInnen, gesäubert.

Über Jugoslawien und das Kosov@ ist nun ein Sammelband mit sechs Beiträgen erschienen, der teilweise hilfreich ist, die Entwicklungen bis jetzt nachzuzeichnen.

Die Beiträge von K. Kaser und von W. Geier gehen meiner Ansicht nach von einer historischen Projektion aus. Sie schreiben damit (wenn auch kritisch) Mythen fort, die konstituierend für die Nationalismen sind, die in den letzten Jahrhunderten, meist im 19. Jahrhundert,

entstanden sind. Kaser beschreibt ein Bild der „ethnischen Mischung“ auf dem Balkan für eine Phase, in der es diese ethnischen Konstruktionen noch gar nicht gegeben hat. Bis zur Konstituierung der Nationalstaaten ist es völlig sinnlos, von „Ethnien“ zu sprechen. Die soziale Struktur erlaubte damals keine Abgrenzung in einem ethnischen Sinn. Am deutlichsten zeigt sich das an der Verwendung der Dialekte, wie es sie teilweise heute noch in vielen Regionen Afrikas oder beispielsweise im Kaukasus gibt. „Kroatisch“ und „serbisch“ gelten als verschiedene Sprachen, obwohl als Grundlage für ihre Verschriftlichung der gleiche Dialekt (stokavisch) genommen wurde (vgl. den Beitrag von G. Fischer). Sprache kann nicht linguistisch definiert werden, sondern ist eine politische Konstruktion.

Geschichte ist als nationale Geschichte entstanden, indem HistorikerInnen Begründungen für ihre Nationen suchten und die Ereignisse nach ihrem entsprechenden nationalen Wert beschrieben, angeordnet und interpretiert haben. Bis zum 19. Jahrhundert war der Nationalismus hauptsächlich ein Produkt herrschender intellektueller Eliten. Im 20. Jahrhundert gipfelte das in Kriegen, wo ganze Bevölkerungen gegeneinander gehetzt werden konnten. Kritische Beiträge wie der von Kaser steigen auf den bestehenden

nationalen Diskurs ein, indem sie statt dem ethnischen ein multiethnisches Bild der Vergangenheit zeichnen. Im Beitrag von Geier geht es in dem Sinne, daß die unterschiedlichen kulturellen Entwicklungen auf die Religionen (Orthodoxie und Islamismus vs. westliches Christentum) zurückgehen, um eine ähnliche Projektion gegenwärtiger Verhältnisse in die Vergangenheit.

Die Beiträge von M. Chossudovsky und A. G. Frank beziehen sich auf Details im Zusammenhang mit den westlichen Interventionen auf dem Balkan. Frank zeigt auf, wo die „westliche Gemeinschaft“ ihre eigenen Regeln bricht und Gesetze zugunsten der westlichen Industrienationen ausgelegt oder übertreten werden.

Chossudovsky wie auch Hofbauer suchen nach einer geostrategischen Begründung für den Einsatz des „Westens“. Angeblich gibt es die Notwendigkeit, sich Rohstoffquellen direkt zu sichern und neue Absatzmärkte zu erobern. Ich halte beides für falsch. Aufgrund der technologischen Entwicklung spielen weder traditionelle Rohstoffe wie Öl eine so große Rolle, noch sind in den neuen Armutsregionen große Absatzmärkte zu erwarten (vgl. dazu Krug, Uli: Interesse, Gewissen und Projektion im Jugoslawienkrieg, in: Context XXI, Nr. 3./1999)

Sowohl Hofbauer wie auch Chossudovsky verwen-

*) Robert Foltin ist Linguist und in autonomen Diskussionszusammenhängen in Wien aktiv.

den den Begriff „neue Kolonialisierung“ für die Protektorate in Bosnien und im Kosovo. Das Bild, das sich uns heute bietet, ähnelt tatsächlich früheren Kolonialverwaltungen, allerdings anders als von den Autoren gemeint.

Neue Kolonialverwaltung

Während der Phase des Kolonialismus haben sich ökonomische Strukturen einer Raubökonomie entwickelt, die die Herausbildung des Kapitalismus erst ermöglichten. Sie boten einer tendenziell breiter werdenden Elite die Möglichkeit der persönlichen Bereicherung im Kolonialdienst. Anfangs durch direkten Raub, später als KolonialbeamtenInnen, Soldaten etc. Dabei spielte nicht nur der direkte Reichtum wie Rohstoffe eine Rolle, sondern immer stärker ein nationales Prestige gegenüber den anderen Imperialisten. So kommt es auch zu Kriegen um völlig wertlose Wüstengebiete.

Erst nachträglich und im Zusammenhang mit der Auflösung der Kolonialreiche ist es zu einer Durchdringung der meisten Regionen durch den Kapitalismus gekommen. Durch die Krisen der letzten Jahrzehnte liegen immer größere Teile der Welt (meist die Gebiete, die als letzte eine nachholende Entwicklung durchführen wollten) außerhalb der ökonomischen Interessen des Kapitalismus. Die kapitalistischen und staatlichen Eliten haben kein Interesse, zerstörte Regionen wieder zu erobern oder auch nur imperialistisch abzuschern. Im Gegenteil: Die Bevölkerung der Industrieländer im Osten und Süden würde gerne ausgebeutet werden, um überleben zu können. Weil der „Westen“

ökonomisch kein Interesse hat, bleibt nur die Raubökonomie derer, die die Waffen in der Hand haben. Die Paralleltät mit den Kolonialzeiten ist dabei, daß es wieder für einzelne die Möglichkeit gibt, sich an den übriggebliebenen Raubökonomien als eine neue Art von KolonialbeamtenInnen zu beteiligen. Auch ÖsterreicherInnen können einiges als SoldatInnen für die KFOR oder als Gendarmen für die „zivile Übergangsverwaltung“ oder die OSZE verdienen. Nicht zu vergessen die hunderten GewinnerInnen als MitarbeiterInnen von NGOs oder die blutleckenden Berichterstatte(r)Innen der Journaille.

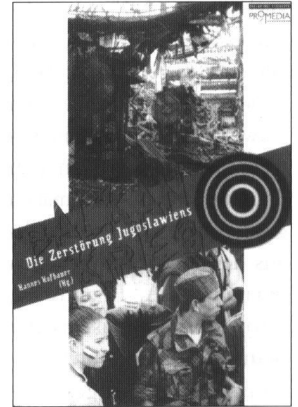
Die Beiträge von Fischer und Hofbauer stellen die Geschichte Jugoslawiens dar. Die Nachzeichnung der Konflikte von Ende der achtziger Jahre bis 1999 ist das Hauptanliegen des Buches, das einen Überblick über die komplexen Entwicklungen bietet, die sonst in der alltäglichen Berichterstattung untergehen.

Ich will versuchen, die Entwicklungen vom Blickwinkel der imperialistischen Staaten nachzuzeichnen, um klar zu machen, warum Deutschland, die USA und die NATO Krieg geführt haben und wahrscheinlich weiter führen werden. Genaueres aus einer anderen Perspektive (der „geostrategischen“), aber auch über die innerjugoslawische Entwicklung kann im Beitrag von Hofbauer nachgelesen werden.

Um die Sichtweise von monolithischen Einheiten wie „Deutschland“ oder „USA“ zu relativieren, will ich kurz ein Muster von Institutionen einführen, die die Realität trotz der Schematisierungen besser treffen. Die Instituti-

on „Politik“ spielt im Zuge der kapitalistischen Entwicklung eine immer geringere Rolle. In bezug auf ökonomische Maßnahmen gibt es keinen Unterschied zwischen Parteien, höchstens insofern, als „linke“ Parteien Kriege und Sozialabbau leichter und mit weniger Widerstand durchführen können. Gerade weil die Politik keinen ökonomischen Spielraum mehr hat, wird reine Machtpolitik immer wichtiger. Damit hängt sie mit dem Bereich zusammen, den ich „Öffentlichkeit“ nennen will. Das sind in erster Linie die Medien, aber auch die Äußerungen von PolitikerInnen oder sonstigen Multiplikatoren. Teil dieser Institutionen ist dann die Bevölkerung, deren Äußerungen nur wahrgenommen werden, wenn sie von den oben beschriebenen Eliten multipliziert werden. Damit meine ich nicht, daß die Bevölkerung verführt ist. Meiner Ansicht nach ist die Bevölkerung (der viel zitierte Stammtisch) genauso antikommunistisch, rassistisch oder antiserbisch wie ihre Eliten. Unterschiede gibt es nur insofern, als rassistische (oder antiserbische) Diskurse durch die Eliten an eine Öffentlichkeit gebracht und dadurch zugelassen und reproduziert werden.

Während die Welt in den Jahren bis 1991 noch auf Jugoslawien setzt, wird von der Politik und noch stärker von der Öffentlichkeit in Deutschland und Österreich die Sezession von Slowenien und Kroatien befürwortet. Immer stärker kommt dabei hinter den ursprünglich antikomunistischen Demokratiefloskeln die Unterstützung des slowenischen und insbesondere des rabiaten kroatischen Nationalismus durch. Das ist



Hannes Hofbauer (Hg):
Balkankrieg - Die Zerstörung
Jugoslawiens. Wien: Promedia,
1999, 268 Seiten, ös 248,-

auch die einzige Phase, in denen es noch marginale Kapitalinteressen von Deutschland, Italien und Österreich an den entwickelten Regionen in Slowenien, aber auch an den Touristenzentren in Dalmatien gibt. Aufgrund des Drucks aus den meisten westlichen Staaten (USA, Frankreich, Großbritannien) ist es der deutschen Politik nicht gelungen, die sofortige Anerkennung nach den Unabhängigkeitserklärungen 1991 durchzusetzen.

Das Scheitern der großdeutschen Bestrebungen in der Anerkennungspolitik bewirkt dann besonders während der Eskalation im Kampf zwischen dem kroatischen Staat und den kroatischen Serben eine Mobilisierung der Öffentlichkeit. In Verdrehung der Tatsachen wird ein Überfall der serbischen Armee auf Kroatien konstruiert. Die Politik in den USA und in den übrigen europäischen Staaten ist noch immer gegen die Sezessionen eingestellt. Erst Anfang 1992 müssen die EU-Staaten die Sezessionen anerkennen, um die selbstherrlich gewordene Politik Deutschlands von einem Alleingang abzuhalten.

Während die europäische Politik der anti-jugoslawischen deutschen Politik bis zum Kriegsbeginn in Bosnien nur widerwillig folgte, ändert sich das durch den Druck der Öffentlichkeit im Krieg in Bosnien. Obwohl die Lage keineswegs eindeutig war (es kämpften Kroaten gegen Bosniaken, Kroaten gegen Serben, Serben gegen Muslime, aber auch Bosniaken gegen die unliebsamen Muslime des Fikret Abdic), setzt sich in den westlichen Medien auch außerhalb von Deutschland immer stärker das Feindbild von den Serben durch. Durch

die dauernde Einmischung Deutschlands stieg das Unbehagen der Politik der anderen Großmächte. Sie fürchteten, machtpolitisch ins Hintertreffen zu geraten. Der Vertrag von Dayton zur ethnischen Aufteilung Bosniens ist dann bereits unter Führung der USA zustande gekommen. Nach ihren Anfangserfolgen durch die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens wurde die deutsche Politik in eine Statistenrolle gedrängt, mit der sie sich nur ungern zufrieden geben wollte.

Das Kosov@ wurde aus dem Vertrag von Dayton herausgehalten. Die Wirtschaft in Deutschland hat nicht einmal ein marginales Interesse an dieser am wenigsten entwickelten Region Jugoslawiens. Die Öffentlichkeit litt teilweise mit dem gewaltfreien Widerstand der AlbanerInnen, weil er gegen Serbien gerichtet war, andererseits gab es in Deutschland (und besonders in der Schweiz) eine massive rassistische Stimmung gegen kosovo-albanische Drogenhändler. Erst mit dem teilweisen Volksaufstand in ländlichen Bereichen des Kosov@ im Frühjahr 1998 und einer Verschiebung der Unterstützung der albanischen Bevölkerung von der LDK Rugovas zur UCK beginnt sich die deutsche Politik einzuschalten. Der Aufstand konnte im Sommer niedergeschlagen werden. Die Fluchtbewegungen in die Wälder und die Rückkehr der Flüchtlinge nach der Niederlage der UCK wurden in den deutschen und österreichischen Medien wenig beachtet.

Ab Herbst 1998 kommt es zu einer massiven Einflußnahme der USA auf die Politik im Kosov@. Die Bewaffnung der UCK wurde unterstützt und gefördert, der ma-

oistische und der sich auf die Skanderbeg-Division der SS beziehende Flügel der UCK wurden zurückgedrängt, der Bombenkrieg ab Herbst 1998 vorbereitet und im Frühjahr 1999 durchgeführt.

Neues Wettrüsten

Es sind die teilweise widerstreitenden Interessen der deutschen und US-amerikanischen Politik, die zum vorerst letzten Abschnitt der jugoslawischen Kriege führten. Den USA geht es unter anderem darum, eine zu eigenständige Rolle Europas (insbesondere von Deutschland) zu verhindern. Die Intervention der NATO hält Deutschland im Bündnis und behindert eine unabhängige Machtpolitik gemeinsam mit Rußland. Die deutsche Politik versucht in der NATO und in der WEU, teilweise gemeinsam mit Rußland und Frankreich, zu einer militärischen Macht zu werden, um die Vorherrschaft in Europa, aber auch in anderen Weltregionen nicht den USA zu überlassen. Noch ist Deutschland gezwungen, die eigene Militärpolitik unter dem Schirm der NATO durchzuführen.

Daneben gibt es noch eigene Interessen der NATO, die nach dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes in eine massive Legitimationskrise gekommen ist. Obwohl noch immer die „kollektive Verteidigung“ als Kernfunktion angenommen wird (ein Angriff auf ein Land bedeutet einen Angriff auf alle NATO-Staaten), wird jetzt die Intervention im Krisenfall auch außerhalb des Bündnisgebietes (out of area) angenommen. Eine humanitäre Krise wird definiert, um die eigenen Waffen einsetzen zu können. Innerhalb der NA-

TO gibt es allerdings unterschiedliche Interessen. Frankreich und Deutschland wollen die Einsätze möglichst auf Fälle mit UNO-Mandat beschränken, während die USA jederzeit die Möglichkeit zum Zuschlagen haben wollen (zumindest solange sie noch die uneingeschränkt dominierende Militärmacht sind).

Ein Hauptziel in der westlichen Öffentlichkeit war die Zerschlagung der jugoslawischen Armee, die angeblich ein Destabilisierungsfaktor in der Region ist. Tatsächlich wurde aber weniger die Armee getroffen, sondern ein großer Teil der zivilen Struktur zerstört. Für die Zukunft bedeutet das nichts Gutes. An allen Ecken der Welt kann es zu westlichen Interventionen kommen, nachdem sich die „westliche Wertegemeinschaft“ selbst zum Bombardement mandatiert hat. Dazu wird weiter aufgerüstet und es wird zu einem neuen Rüstungswettlauf, diesmal zwischen Europa und den USA, kommen. Für Ost- und Südosteuropa bedeutet das das Schlimmste. Dort liegt der wichtigste Einflußbereich der deutschen Politik, was wiederum die US-Politik auf den Plan ruft. Schon jetzt zeichnet sich ab, daß Jugoslawien (neben Mazedonien der einzige noch „multiethnische“ Nachfolgestaat Tito-Jugoslawiens) aufgrund der konkurrierenden Machtinteressen weiter parzelliert wird. Das einzig tröstliche daran ist, daß sich die Öffentlichkeit immer schwerer tun wird, die Kosten zu rechtfertigen, die die Dauerprotektorate kosten werden und von denen nur eine kleine Schicht von SoldatInnen und BürokratInnen von offiziellen Organisationen und NGOs profitiert.

Auschwitz im Kosovo

Während des Kosovo-Krieges ermöglichte die Parallelisierung der Geschehnisse im Kosovo mit den deutschen Verbrechen während des Zweiten Weltkrieges in erster Linie (ehemaligen) Pazifisten die moralisch einwandfreie Befürwortung des Krieges. Es gehörte zum guten Ton, „innerlich zerrissen“ (Joseph Fischer) zu sein. Die vordergründige Widerwilligkeit, diesen Krieg zu führen, war jedoch kein vorgezogenes Rückzugsgefecht für den Fall, dass der Krieg in einem Debakel enden würde. Im Gegenteil: Sie war die Vorab-Legitimation des Einsatzes aller Mittel. Zugleich brachte die Parallelisierung auch jene in Widersprüche, die tatsächlich innerlich zerrissen waren, weil sie nicht nur keine Pazifisten sind, sondern weil sie am weltweiten Schutz ethnischer und religiöser Minoritäten ein existentielles Interesse haben. Deswegen sahen sie keine Alternative zu den Bombardements, und den Verweis auf die Interessen der NATO-Staaten auf dem Balkan quittierten sie mit einem Achselzucken.

Zahlreiche Überlebende des Holocaust haben sich während des Kosovo-Krieges so geäußert, und das Medieninteresse war ihnen sicher. So meinte Nobelpreisträger Elie Wiesel, der Einsatz sei „moralisch erforderlich“. Er formulierte damit die vorherrschende Meinung unter den Juden in den USA. Marek Edelman, der

letzte noch lebende Anführer des Aufstands im Warschauer Getto, forderte gar den Einsatz von Bodentruppen im Kosovo. Ignatz Bubis sagte, er sei „hin- und hergerissen. Jedenfalls muss man versuchen aus dem Teufelskreis rauszukommen.“

Aus Solidarität mit den albanischen Flüchtlingen traten alle möglichen Bedenken in den Hintergrund. „Sieht man dem Völkermord zu, setzt man sich der Kritik aus, man habe ihn nicht verhindert. Greift man militärisch ein, heißt es, man treffe Unschuldige“, so Bubis. Mit dem Begriff „Völkermord“ befand er sich zumindest in Deutschland schon auf dem halben Weg zur Gleichsetzung, denn im Nachfolgestaat des „Dritten Reichs“ wird dieser vor allem im Zusammenhang mit der deutschen Vergangenheit benutzt. Zugleich aber grenzte er sich ab: Zwischen Slobodan Milosevic und Hitler, zwischen der Situation im Kosovo und der Shoah gebe es keine Parallelen.

Hier setzte auch die Kritik von zahlreichen anderen Überlebenden an, die sich gegen den Krieg ausgesprochen hatten und damit kaum auf Resonanz in den Medien stießen. In einem Offenen Brief an Josef Fischer und Rudolf Scharping kritisierten ehemalige Verfolgte, unter ihnen die ehemaligen Auschwitz-Häftlinge Esther Bejarano und Kurt Goldstein sowie der antifaschistische Widerstandskämpfer Peter Gingold, die Gleich-

setzung grundsätzlich als „aus Argumentationsnot für eine verhängnisvolle Politik geborene Verharmlosung des in der bisherigen Menschheitsgeschichte einmaligen Verbrechens.“

Historisch sei die Charta der Vereinten Nationen eine Konsequenz aus Faschismus und Krieg. Deswegen habe, wer die „antifaschistische, den Menschenrechten verpflichtete Rolle der UNO nicht nutzt, sondern die UNO ausschaltet und schwächt, ... jedes Recht verloren, sich auf antifaschistische Postulate wie ‚Nie wieder Auschwitz‘ zu beziehen.“ Im Gegenteil werde eine Folge dieser Ausschaltung der UNO „ein Wiedererwachen der Kräfte sein, die 1945 entscheidend geschlagen zu sein schienen“. Auch sie zogen historische Parallelen: Sie erinnerten daran, dass Deutschland schon zwei Mal in diesem Jahrhundert gegen Serbien Krieg führte und dass die Bundeswehr heute noch „Serbenschlächter“ des ersten und des zweiten Weltkriegs wie August von Mackensen und Karl-Wilhelm Thilo ehrt. (Nach Mackensen, der im ersten Weltkrieg für äußerste Härte gegen die serbische Zivilbevölkerung stand, ist eine Kaserne benannt. Thilo war Wehrmachtsoffizier, später Generalmajor der Bundeswehr und Kommandeur jener 1. Gebirgsjäger-Division, die heute wie im zweiten Weltkrieg auf dem Balkan präsent ist.)

Die penetrante Lüge von der Vergleichbarkeit der Geschehnisse im Kosovo mit der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie stieß bei vielen Überlebenden der Shoah auf Widerspruch.

VON TJARK KUNSTREICH*

*) Tjark Kunstreich ist der Autor des soeben im ca ira-Verlag (Freiburg) erschienenen Buches „Ein deutscher Krieg? Über die Befreiung der Nation von Auschwitz“.

Nur unter Bruch des Völkerrechts und aller möglichen Verträge sei es dem heutigen Deutschland möglich, Krieg zu führen. Die Menschenrechte waren für die Gegner ebenso wie für die Befürworter der Bombardements der zentrale Bezugspunkt, nur war es für die Gegner die UNO, die „zur Verwirklichung und Verteidigung der antifaschistischen Errungenschaften der Völker“ berufen sei. Aber das war nicht die einzige Gemeinsamkeit zwischen den Überlebenden, die den Krieg befürworteten, und jenen, die ihn ablehnten. Neben der Kritik an der Gleichsetzung war es vor allem die sich zwischen den Zeilen vermittelnde Einschätzung, dass die Nachkriegsordnung mit diesem Krieg endgültig zerbrochen sei.

Menschen- und Völkerrecht als Kriegsgrund

Kriegsgegner und -befürworter einte der positive Bezug auf das Völkerrecht und die Menschenrechte. Jenseits einer Realpolitik des Konfliktmanagements fiel auch den Gegnern nichts ein, denn schließlich sind auch für sie Begriffe wie Volk, Staat und Menschenrecht sakrosankt. Die falsche Alternative „Zivilgesellschaft oder Barbarei“ lässt nicht nur die zum Krieg drängende Verwertungslogik des Kapitals unangetastet. Die Renaissance des völkischen Nationalismus bereitet den Überlebenden schlaflose Nächte, aber mit unterschiedlichen Konsequenzen: Während die einen, wie schon im Golfkrieg, keine Alternative zu einer an Demokratie und Menschenrechten orientierten Weltordnung sehen, deren Auf-

gabe vor allem darin besteht, örtliche Despoten in Schach zu halten, bestehen die anderen noch auf dem Primat des Völkerrechts beim Vorgehen gegen Menschenrechtsverletzungen.

Dass gerade das Völkerrecht die Grundlage für die Unabhängigkeitsbestrebungen aller möglichen Ethnien ist und die Menschen- und Minderheitenrechte nicht im Widerspruch zum völkischen Nationalismus stehen, sondern seine Grundlage sind, auf die sich – eben zu Recht – auch die NATO bei ihrem Vorgehen berief, belegt zwar die Hilflosigkeit dieser Argumentation, sagt aber nichts darüber aus, wie das „Wiedererwachen der Kräfte ...“, die 1945 entscheidend geschlagen zu sein schienen“, wie es im Offenen Brief heißt, zu verhindern sei.

„Während Deutschland mit der Begründung, aus der Vergangenheit gelernt zu haben, wieder Krieg führt, geht der Kleinkrieg gegen die Überlebenden der Nazi-Verbrechen unvermindert weiter“, stellte das bundesweite Bündnis gegen IG Farben, ein Zusammenschluss verschiedener Gruppen und Organisationen, der seit über zehn Jahren einen Kampf gegen die immer noch existierende IG Farben-Abwicklungsgesellschaft und um die Entschädigung der ehemaligen IG Farben-Zwangsarbeiter führt, in seinem Aufruf zur „Konferenz gegen die Versöhnung mit der deutschen Vergangenheit“ fest, die am 2. und 3. Juli 1999 in Berlin stattfand. Vor dem Hintergrund der Debatte um die Entschädigung der ehemaligen Zwangsarbeiter werde deutlich, dass es nicht mehr dar-

um gehen könne, „für die Forderungen der Überlebenden überhaupt eine Öffentlichkeit zu schaffen, sondern darum, die Erpressung der Überlebenden mit ihrem hohen Alter und ihrer oft elenden sozialen Lage zu verhindern; es geht nicht mehr nur darum, die Wahrheit der Nazi-Verbrechen öffentlich zu machen, sondern darum, die Instrumentalisierung dieser Verbrechen für deutsche Großmachtambitionen zu kritisieren.“

Ausdrücklicher Anlass der Konferenz war der Offene Brief der Überlebenden, mit dem sich die Veranstalter solidarisierten, auch wenn sie, wie dem Aufruf zu entnehmen war, in vielen Punkten eine andere Einschätzung vertraten. Die Konferenz hat kaum Resonanz in linken Medien gefunden, weil es nicht darum ging, ob man gegen den Krieg hätte sein sollen, sondern mit welchen Argumenten man dagegen zu sein hatte. In der Eröffnungsdebatte ging es gleich um den Kern der Kontroverse: War dieser Krieg ein deutscher Krieg? Und selbst, wenn nicht: Warum hat die Mehrheit der Kriegsgegner es nicht einmal zur alten Parole „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“ gebracht?

Sinn der Konferenz sollte es sein, ohne die gravierenden unterschiedlichen Einschätzungen und Analysen zum ersten deutschen Krieg seit 1945 zu negieren, herauszufinden, ob sich nicht trotzdem ein Konsens wenigstens über zwei Dinge herstellen ließe: Erstens, dass dieser Krieg ein entscheidender Schritt auf dem Weg zur Befreiung der deutschen Nation von Auschwitz darstellte; zweitens, dass die

Feindschaft zum rot-grünen Umgang mit den Nazi-Verbrechen ein zentrales Kriterium zur Beurteilung der Frage sein muss, von wem hier noch etwas zu erwarten ist. Dass nicht alle Gegner des rot-grün-antitotalitären Menschenrechtsgeschwätzes, in dem „Auschwitz“ zur beliebigen Metapher verkommt, auch gegen den Krieg waren, ist kein Argument gegen diese zwei Punkte, weil auch nicht alle Kriegsgegner der nunmehr faktischen Bewältigung der Vergangenheit etwas entgegenzusetzen hatten und haben.

Wenn etwas festzustellen war, dann die tiefe Kluft zwischen jenen, die, aus welchen Gründen auch immer, der deutschen Normalisierung nichts abgewinnen können, und jenen, die, kaum war der Krieg vorbei, zum linken Business as usual zurückkehrten und deren Antworten genauso klingen wie vor dem Krieg oder vor zwanzig oder dreißig Jahren.

Einige Monate später scheint sich zu bestätigen, dass der Kosovo-Krieg nur für eine Minderheit der deutschen Linken eine Zäsur darstellte – schon wird in linken Zeitungen das Pro und Contra des Einsatzes von Bundeswehrsoldaten in Ost-Timor diskutiert. Dieser Einsatz, der weder mit Auschwitz begründet wurde noch überhaupt von einer breiteren Öffentlichkeit diskutiert wurde – abgesehen von gelegentlichen Hinweisen auf die Kosten des Unternehmens –, bestätigt die Einschätzung, dass es die Berliner Republik in Zukunft nicht mehr nötig haben wird, militärische Einsätze noch mit Auschwitz legitimieren zu müssen.

Den tiefsten Einschnitt hat dieser Krieg sicherlich für die Überlebenden bedeutet. Auf der Konferenz erzählte Kurt Goldstein, was der Besuch von Scharping und uniformierten Bundeswehrosoldaten in Auschwitz kurz vor dem Angriff auf Jugoslawien für ihn bedeutet hat: „Als ich diesen Herrn Scharping in Auschwitz am Block 11 – ich sage Ihnen gleich, was für mich ehemaligen Auschwitzer der Block 11 ist – stehen sah und dieser Mensch gesagt hat, wir stehen hier, weil wir wissen, was Auschwitz war, und weil wir bald ins Kosovo gehen, um dort ein neues Auschwitz zu verhindern, glauben Sie mir: da ist mir die Galle hochgekommen. (...) Der Block 11 ... ist durch zwei Dinge für ewig in die Weltgeschichte der Schandmale eingegangen. Dort steht zwischen dem Block 10 und 11 die Schwarze Mauer, die Erschießungsmauer, wo die Kameraden erschossen worden sind, nachdem sie in den Zellen dort in Block 11, dem sogenannten Strafblock, gepeinigt worden waren. Da sind hunderte Kameradinnen und Kameraden erschossen worden an der Schwarzen Wand. Es gibt keinen Besuch von Delegationen in Auschwitz, die nicht an den Block 11 gehen und dort ihren Kranz niederlegen. Da hat sich Herr Scharping hingestellt, um diese ungeheuerliche Bemerkung zu machen, die Ankündigung ihres verbrecherischen Aggressionskriegs in Kosovo.“

Die Dokumentation zur Konferenz „Deutschland: wiedergutmacht“ kann für öS 80,- (inkl. Porto) beim Bündnis gegen IG Farben, Engeldamm 68, 10179 Berlin, bestellt werden.

Tschetschenien

Föderalisten contra Sezessionisten

Der Tschetschenienkrieg hat die Schlagzeilen der letzten Wochen beherrscht. Kaum jemand scheint sich jedoch die Mühe zu machen, unter die Oberfläche des Konflikts vorzudringen. So entsteht der Eindruck von einem passiven Westen, der unter Hinweis auf Atomwaffen und die nach wie vor vorhandene Machtstellung Rußlands jede Art von Intervention von sich weist, und eines unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung brutal einen Teil des eigenen Landes angreifenden Rußlands. Die Rolle Tschetscheniens kommt kaum zur Sprache – es ist auf ein Opfer reduziert und wird als Akteur ausgeblendet. Allenfalls kennt man noch den Präsidenten und eben Bilder von vielen anonymen Flüchtlingen – die wenigen, die die Zensur passieren.

All diese Eindrücke sind nicht aus der Luft gegriffen: Der Westen ist untätig und hat wohl seine Gründe dafür. Rußland ist aggressiv und führt einen erbarmungslosen Zerstörungskrieg, der wenig Rücksicht auf Zivilisten nimmt, und verhält sich auch Flüchtlingen gegenüber äußerst unzivil. Tschetschenien wird bekämpft und kann (zumindest vorläufig) der militärischen Vormacht wenig entgegensetzen. Aber ist der Konflikt damit hinreichend analysiert?

Gerade im Hinblick auf die wiederkehrende Kauka-

susproblematik wird immer wieder deutlich, wie träge der internationale Diskurs selbst auf einschneidende Veränderungen reagiert. Die Vorstellung von einem konsistenten, homogen strukturierten Rußland, undemokratisch bis auf die Knochen, weitgehend unverständlich, aber mächtig, ist nach wie vor dominant. Es erscheint imperialistisch wie eh und jeh. Veränderungen werden kaum wahrgenommen.

Im Zusammenhang mit dem Tschetschenienkrieg kommt es vor allem auf eine Verschiebung an – die Föderalisierung Rußlands. Ohne Wissen um diese Föderalisierung und ihre Vorgeschichte bleibt jede Debatte über das heutige Rußland, letztlich auch über Tschetschenien hohl. Gewiß kann man im Falle Rußland nicht von Demokratie sprechen – ich gehe davon aus, daß sie das ursprünglich angestrebte Ziel war – das heißt aber andererseits nicht, daß alles beim Alten geblieben ist. Im Gegenteil: eine reale Dezentralisierung der Macht hat stattgefunden. Während die Regionen früher verlängerte Arme des Regimes waren, nehmen sie nun teil am politischen Leben. Die Vorstellung von Rußland als minderheitenfeindlichen Staat mit imperialen Gelüsten wieder und wieder zu reproduzieren greift zu kurz und wird der veränderten Realität nicht gerecht.

In den Darstellungen zum Krieg in der Kaukasusrepublik bleibt die aktive Rolle Tschetscheniens weitgehend ausgeblendet.

VON LUDMILLA KRENZ*

*) Ludmilla Krenz arbeitet an einer Dissertation über die Russische Föderation und hielt sich mehrfach zu Forschungszwecken in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion auf.

Ein sowjetisches Vermächtnis unter vielen anderen ist die föderale Struktur, früher ausschließlich nominal, die sich im Laufe der letzten zehn Jahre aufgeladen, mit realen Autonomien „gefüllt“ hat. Die Ausgangslage war gekennzeichnet von der Präsenz zahlreicher nichtrussischer Ethnien (heute noch ca. 200). Um deren Loyalität zu erlangen, schufen die Bolschewiken als Gegengewicht zu den bourgeois Zentralstaaten in den zwanziger und dreißiger Jahren eine komplizierte föderale Ordnung, die den größeren nicht-russischen Gruppen ein Territorium zu teilte, das sich dann „autonome Republik“ nannte. Die an diese verschiedenen Typen von föderalen Einheiten gebundenen Rechte waren ursprünglich rein formale, doch erlangten sie im Laufe der Zeit symbolische Bedeutung. In gewissen Perioden wurden „indigene“ Eliten ausdrücklich gefördert und positiv diskriminiert, sodaß die ethnische Herkunft als Bezugspunkt forciert, ihr gleichzeitig aber wenig Ausdrucksmöglichkeit eingeräumt wurde. In der turbulenten Zeit des Übergangs von der Sowjetunion zum neuen russischen Staat kam es zu Verschiebungen, die zu der heutigen Struktur führten. Die Russische Föderation umfaßt 89 sogenannte Föderationssubjekte (Pendants zu den österreichischen Bundesländern), davon 21 ethnisch definierte autonome Republiken. Etliche dieser 21 Republiken nahmen von Anfang an am Verteilungsspiel um die Macht sehr engagiert - und mit viel Erfolg - teil. Das berühmteste und immer wieder bemühte Beispiel ist Tatarstan, eine muslimische Republik an der Wolga, also mitten in Ruß-

land. Tatarstan erklärte sich 1990 für unabhängig und verfolgte diesen Kurs, bis es sich 1994, dem Jahr, in dem der erste Tschetschenienkrieg ausbrach, dazu entschloß, einen Vertrag mit dem föderalen Zentrum zu unterzeichnen, der ihm weitgehende politische, aber auch wirtschaftliche Autonomie zugestand. Das Ausmaß der Autonomie übersteigt die sonst in einer Föderation üblichen Arrangements. In politischen und akademischen Kreisen begann gar das Wort „Konföderation“ herumzugeistern. Diese Lösung wurde von den einen als Erfolg gefeiert, da der Fall Tschetscheniens bereits gezeigt hatte, wohin Nichtverhandeln führen kann. Andere wiesen auf die inhärenten Gefahren hin: Was würden andere Republiken sagen, wenn Tatarstan plötzlich das Recht hat, einen wesentlich größeren Steueranteil einzubehalten oder direkt außenpolitische Beziehungen zu etablieren? Beide Positionen sind gerechtfertigt. Die ad-hoc Verhandlungslösung war imstande, eine bewaffnete Eskalation zu verhindern. Es bleibt aber fraglich, ob sie eine auf Dauer praktikierbare Variante darstellt. Würden nicht permanente Neuverhandlungen die Existenz der Föderation ebenso bedrohen, nur eben später? Wie auch immer, seither ist Rußland eine „Verhandlungsföderation“ mit Tatarstan als fixem Bestandteil. Tatarstan seinerseits hat sich im neuen Machtgefüge einen Platz als wachsendes Machtzentrum erobert. Sein Präsident Schajmiev ist praktisch täglich Gast in den staatlichen und nichtstaatlichen allrussischen Fernsehkanälen sowie auf den Seiten der Printmedien. Der Einfluß dehnt sich auch auf Institutionen

aus. Schajmiev gibt im Föderationsrat, der zweiten Parlamentskammer, die den „Bundesländervertretern“ Einfluß auf die föderale Politik sichert, den Ton an.

Sonderfall Tschetschenien?

Rußland ist es mit anderen Föderationssubjekten also weitgehend gelungen, Souveränitätsbestrebungen und Sezessionsgelüste auf dem Verhandlungsweg einzudämmen. Warum nicht mit Tschetschenien? Klare Antworten sind hier schwierig. Es ist zu wenig bekannt über die wahren Absichten der Kriegstreiber auf beiden Seiten. Man muß sich also mit vorsichtigen Einschätzungen begnügen.

Die Feindschaft zwischen Russen und Tschetschenen reicht bis weit in die Geschichte zurück. Schon im letzten Jahrhundert tobten Kämpfe. Die russischen Kämpfer stießen während ihres Unterwerfungsversuchs auf erbitterten Widerstand, was sie wiederum mit zunehmender Brutalität quittierten. Letztlich wurde Tschetschenien unterworfen, doch der Unabhängigkeitswunsch blieb bestehen und äußerte sich bei jeder Gelegenheit bis hin zur Revolution. Wie oben beschrieben, erlangten die verschiedenen Ethnien, darunter auch die Tschetschenen, nach der Revolution verbriefte Rechte, die aber durch die Allmacht der Partei real relativ bedeutungslos waren. Während des Zweiten Weltkriegs wurden die Tschetschenen kollektiv nach Sibirien und Zentralasien deportiert.

Als sie nach dem Zerfall der Sowjetunion einen neuen Unabhängigkeitsversuch starteten (indem sie einfach die

Zugehörigkeit zur Russischen Föderation ignorierten), kam es zum ersten Tschetschenienkrieg, der von 1994 bis 1996 dauerte und mit einem Vergleich endete. Rußland versprach, Reparationen zu zahlen und nach einigen Jahren ein Unabhängigkeitsreferendum abhalten zu lassen. Damit schien die Sache erledigt. Tschetschenien schien als Teil Rußlands abgeschrieben; für das berühmte Pipelineproblem würde man eine andere Lösung finden; so wiegte man sich in Sicherheit.

Gleichzeitig kamen die russischen Reparationen nie bei den Empfängern an. Ob sie nie abgeschickt wurden oder am Weg verschwanden, ist unklar. Die wirtschaftliche Lage war verheerend, die Arbeitslosenzahlen horrend (beides allerdings keine Phänomene, die in Restrußland unbekannt wären). Auch das politische Leben Tschetscheniens blieb fragmentiert. Der gewählte Präsident verfügte nie über wirkliche Kontrolle über sein nominelles Wahlvolk. Gleichzeitig wurde das Leben mehr und mehr islamisiert. Die Scharia wurde eingeführt. Und dann bricht 1999 plötzlich ein neuer Krieg aus. Ein Krieg an vier Fronten, wie das Journal „Vlast“ in seiner Septemberausgabe schrieb: an der geopolitischen, an der Ölfront, an der Vorwahl- und an der Informationsfront.

Was sind die Gründe für den Krieg? Bezüglich der Geopolitik und des Öls wird in Rußland davon ausgegangen, daß es hauptsächlich um amerikanische Interessen in der Kaukasusregion gehe. Es gehe wie immer ums Öl. Die Islamisten mit ihrer Idee von einem großen muslimischen Staat unter tschetschenischer Führung hätten sowohl dem Westen als auch Rußland ei-

nen Strich durch die Kaukasus-Spaltungs- und Befriedigungsrechnung gemacht. Deshalb sei eine Destabilisierung und im Gefolge eine Restabilisierung mit mehr Westeinfluß im amerikanischen Interesse.

Die Vorwahlfront ist ein beliebtes Erklärungsmuster in westlichen Medien. Ein erneuter Kriegsausbruch sei im Interesse des Kreml gewesen, um Putin die für eine erfolgreiche Wahlschlacht nötige Plattform zur Demonstration von Stärke und Durchsetzungsfähigkeit zu verschaffen. In diesem Szenario spielen auch andere Akteure eine Rolle: Die Oligarchen versuchten auf diesem Wege ihr Überleben zu sichern, die Armee räche sich für die im ersten Tschetschenienkrieg erlittene Niederlage und mache sich mehr und mehr selbständig.

Bleibt noch die Informationsfront. Putins größter Erfolg ist es wohl, daß er eine überaus erfolgreiche Informationsschlacht schlägt. Noch gelangen keine Bilder von Gräbern nach Rußland, wie während des Afghanistan- und des ersten Tschetschenienkrieges, die über kurz oder lang Widerstand hervorrufen würden. Ein vermeintlich „sauberer“ Krieg à la Kosovo wird geführt, der zwar Zivilisten tötet, aber die eigenen Soldaten möglichst ungeschoren läßt. Falls sie nicht ungeschoren bleiben (was wahrscheinlich ist), bleibt das undokumentiert. Die Ergebnisse können sich sehen lassen: Putins Popularitätswerte steigen stetig, was nicht zuletzt auch ein Resultat der russischen „Tschetschenenphobie“ ist. Schon seit Jahrhunderten verkörpern die Tschetschenen das Fremde, das Unberechenbare. Alte Feindbildmuster können

leicht mobilisiert werden, um ein Bedrohungsgefühl hervorzurufen. Alarmierend ist dabei, daß die Gegenstimmen (im Gegensatz zu 1994) fast verstummt sind. Der antischtetschenische Konsens gilt praktisch landesweit.

Wo ist nun der Platz Tschetscheniens in alldem? Ist es vorrangig Opfer? Wer ist überhaupt Tschetschenien: Maschadov? Die Flüchtlinge? Die Freischärler? Ich stelle diese Fragen keineswegs, um Rußland von seiner Verantwortung zu entbinden. Im Gegenteil: Rußlands Vorgehen scheint mir inhuman und unentschuldig. Trotzdem bleibt die Frage: warum Tschetschenien. Man hätte schließlich auch andere Opfer finden können.

Einerseits existieren objektive Gründe, unter anderem geographischer und demographischer Natur. Tschetschenien liegt an Außengrenzen und es liegt in einer Öltransitregion. Weiters ist Tschetschenien, im Unterschied zu den meisten anderen Republiken, ethnisch relativ homogen (nachdem sich Inguschetien abgespalten hat und zu einer separaten Republik geworden ist und Anfang der neunziger Jahre der Großteil der russischen und ukrainischen Einwohner abgewandert ist).

Zweitens gibt es auf tschetschenischer Seite die Absicht, unabhängig zu werden, koste es, was es wolle. Von Beginn der postsowjetischen Ära an hat Tschetschenien jede Art von Zusammenarbeit konsequent verweigert. Es ist allerdings unklar, wie sehr die Bevölkerung diese Politik unterstützte. Dieses Vorgehen fand weitgehend unter religiösen Vorzeichen statt, die wenig Platz ließen für Demokratie. Im Gegenteil, ein patriarcha-



ler Kriegerstaat wurde forciert, der auch innerlich nicht unfragmentiert war.

Die russischen Gründe wurden bereits diskutiert - vom Ablenkmanöver bis zur Destabilisierungsthese ist alles letztendlich plausibel - zumal vor dem Hintergrund weit verbreiteter Sündenbock- und Verschwörungstheorien.

Und eine Lösung? Allzu reflexartig fällt einem die Unabhängigkeit als erster Ausweg ein. Damit landen wir bei einem Grunddilemma der internationalen Politik. In welchen Grenzen findet ein politisches System statt? Der Formierung einer politischen Einheit muß eine Entscheidung über die Grenzen vorausgehen, getroffen von irgendjemandem, dessen Legitimation niemand festlegen kann - also unausweichlich eine Form von Zwang. Systeme immer weiter zu parzellieren löst das Grundproblem nicht. In den Subsystemen finden sich auch Subminderheiten und neue Ausschlußgründe. Ausverhandelte Föderationen, zumal solche mit verschiedenen Graden von Autonomie, können eine Lösung darstellen. Im russisch-tschetschenischen Fall hat sie jedoch nicht gegriffen.

Pakistan

Military rules politics

Der neuerliche Militärputsch in Pakistan im Oktober dieses Jahres macht es notwendig, die Rolle des Militärs in der pakistanischen Innenpolitik näher zu beleuchten.

VON MOHAMMAD
NAEEM KHAN*

Am 14. August 1947 erhielt Pakistan von Großbritannien seine Unabhängigkeit. Der Staatsgründer von Pakistan, Muhammad Ali Jinnah, der ein sehr bekannter und anerkannter Rechtsanwalt war, starb bald nach der Erlangung der Unabhängigkeit. Sein Nachfolger Liaquat Ali Khan, der außerdem der erste pakistanische Premierminister war, wurde während einer öffentlichen Versammlung von einem afghanischen Staatsbürger ermordet. Dieser wurde daraufhin von der Polizei erschossen. Es gab gleich nach der Unabhängigkeit Pakistans eine Verschwörung gegen die demokratische Regierung durch die Bürokratie. Denn die beiden Spitzenpolitiker waren den autoritären Kräften in der Administration, der Exekutive und dem Militär ein Dorn im Auge.

Bis 1956 gab es eine Übergangsregierung, die nicht demokratisch gewählt worden war, an der aber die meisten Parteien beteiligt waren. Am 7. Oktober 1956 schaltete sich das Militär direkt in die Regierungsgeschäfte ein. Der Militärführer General Ayub Khan putschte mit der Hilfe von Sikander Mirza, ebenfalls ein hoher Militär. Sikander Mirza wurde danach zum Präsidenten von Pakistan erklärt. Aber nach nur zwanzig Tagen putschte der General Ayub Khan nochmals, diesmal gegen den von ihm ernannten Präsidenten Sikander Mirza! Der Ex-Präsident wurde vom General ins lebenslange Exil

nach Großbritannien geschickt. General Khan hob die pakistanische Verfassung auf und ernannte sich selbst zum Feldmarschall. 1959 erließ er ein Gesetz, das als „Elected Bodies Disqualification Order 1959“ bekannt wurde. Dadurch wurden 100 pakistanische Spitzenpolitiker für sechs Jahre von der Teilnahme an Wahlen ausgeschlossen. Diese Politiker traten für die Freiheit und die Unabhängigkeit Pakistans ein und riskierten dafür ihr Leben. Mit einem Schlag standen sie im Abseits des politischen Geschäftes. General Khan beendete mit diesem Gesetz die Demokratie in Pakistan, obwohl er den Politikern in Aussicht stellte, sich nach sechs Jahren wieder als Kandidat für politische Ämter aufstellen lassen zu können. Die Voraussetzung dafür war, daß sie nicht gegen dieses Gesetz Berufung einlegen durften, sonst würden sie für immer gesperrt werden. Nur 28 der Politiker unterschrieben eine Petition gegen dieses Gesetz und gewannen den Fall sogar vor dem Obersten Gerichtshof, die anderen 72 fochten das Disqualifikationsgesetz nicht an.

General Ayub Khan führte auch an außenpolitischen Fronten Krieg. Er wollte Kashmir von Indien mit Gewalt erobern. Der „17-Tage-Krieg“ begann am 6. September 1965 und endete am 23. September ohne eine Lösung des Konfliktes. Doch General Khan erklärte Pakistan zum politischen Sieger.

Sein Nachfolger General Agha Muhammad Yahya Khan übernahm am 25. März 1969 die Macht, auch er versuchte das Land mittels Gewalt zu regieren. Er konnte sich allerdings nicht gegen seine politischen Gegner durchsetzen, da er zuwenig Unterstützung innerhalb des Militärapparates genoß. Folglich rief er für den Oktober 1970 allgemeine Wahlen aus. Im damaligen Ostpakistan (das heutige Bangladesh) gewann die „Awami League“, die auch derzeit in Bangladesh an der Regierung ist, 162 Sitze der Nationalversammlung. In Westpakistan (die heutige Islamische Republik Pakistan) erreichte die „Pakistan People's Party“ 138 Sitze der Nationalversammlung. Anstatt die Awami League als stärkste Partei zur Siegerin der Wahl zu erklären und sie mit der Bildung der Regierung zu beauftragen, denunzierte General Yahya Khan diese als anti-pakistanische Partei. General Khan ließ den Anführer der „Awami League“, Sheikh Mujib ur Rehman, verhaften und blieb an der Macht. Daraus resultierte, daß nun die „Awami League“ eine starke anti-pakistanische Bewegung startete. Im Dezember 1971 begann Indien einen Krieg gegen Pakistan auf die Bitte der Bengali hin, um die Befreiung von Pakistan zu ermöglichen. Am Ende dieses Krieges hatte Indien den östlichen Teil von Pakistan besetzt und die „Awami League“ erklärte mit der Unterstützung Indiens die Unabhängigkeit von Pakistan.

In Westpakistan beauftragte das Militär die „Pakistan People's Party“ mit der Restrukturierung des Landes, die nach dem Verlust des heutigen Bangladesh not-

*) Mohammad Naeem Khan ist anerkannter Konventionsflüchtling aus Pakistan, Mitarbeiter der Flüchtlingsberatungsstelle Flughafen-Sozialdienst, Mitglied der „Pakistan People's Party“ und Chefredakteur der viersprachigen Zeitschrift Voice of Vienna.

wendig geworden war, und übergab ihr die Regierung. Der Präsident der „Pakistan People's Party“, Zulfikar Ali Bhutto, wurde zum Präsidenten von Pakistan ernannt. Er begann sofort mit der Ausarbeitung einer Verfassung mit Hilfe der Oppositionsführer. 1973, also 26 Jahre nach der Erlangung der Unabhängigkeit, erhielt Pakistan wieder eine eigene Verfassung.

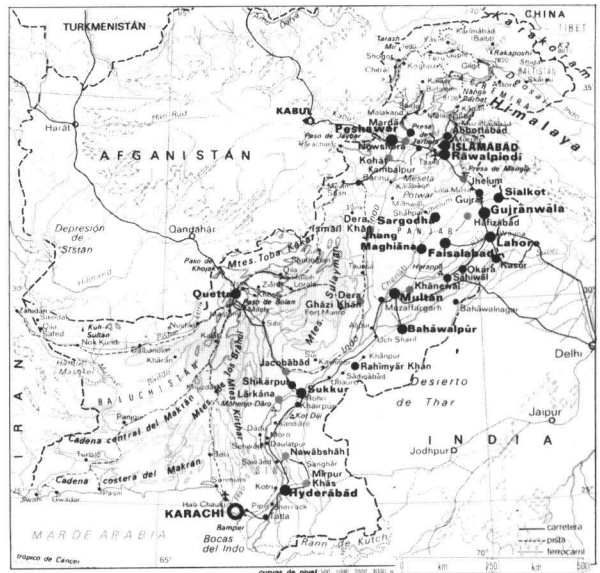
Doch am 5. Mai 1977 putschte die Armee wieder. Die „Pakistan People's Party“ von Bhutto gewann die zuvor abgehaltenen Wahlen haushoch. Doch die Opposition zweifelte deren Rechtmäßigkeit an und es kam zu Unruhen. Die Armee sah die Sicherheit und die innere Stabilität gefährdet und schritt ein. Die Militärs verhafteten Bhutto und erhängten ihn etwa zwei Jahre später am 4. April 1979, nachdem ihm Mord angedichtet worden war. Die westlichen Medien und NGO's nannten das unfaire Gerichtsverfahren und die daraus resultierende Verurteilung zum Tod einen „Justizmord“.

Bis 1985 hielt General Zia ul Haque das Kriegsrecht aufrecht und erließ einen achten Zusatz zur Verfassung. Dieser gab dem Präsidenten das Recht, die Regierung aufzulösen, den Premierminister und die Regierung zu entlassen sowie Neuwahlen auszurufen. Dieser Zusatz war sehr umstritten und gab dem Präsidenten ein sehr bedeutendes Machtinstrument in die Hand. Erst dann gab es wieder allgemeine Wahlen, bei der jedoch keine Parteien zugelassen waren. Paradoxe Weise erklärte er die „Pakistan Muslim League“ zur Gewinnerin der Wahl. Dann berief er ausgewählte Mitglie-

der in die Nationalversammlung und ernannte Muhammad Khan Jonejo zum Premierminister. Er selbst übernahm die Ämter des Präsidenten und den des „Chief Martial Law Administrator“. (Die wörtliche Übersetzung „Oberster Verwalter des Kriegsrechts“ sagt über die reale Auswirkung wenig aus. Durch die Kombination dieser beiden Ämter war sein Wort praktisch Gesetz, Widerspruch und Opposition konnten leicht das Leben kosten.) Damit hatte er weiterhin die totale Macht und die Kontrolle über das Land in seinen Händen.

Im Juli 1987 löste er die Nationalversammlung auf und entließ den Premierminister, weil ihn dieser in den Ruhestand versetzen wollte. Muhammad Khan Jonejo war der Ansicht, daß der Präsident von Pakistan nicht gleichzeitig der oberste Militärführer sein dürfte. Zia ul Haque warf der Regierung Inkompetenz, Korruption und Versagen bei der Islamisierung des Landes vor. Plötzlich starb General Zia ul Haque bei einem Flugzeugabsturz in der Nähe der Stadt Bahawalpur zusammen mit anderen Generälen und Inhabern hoher politischer Ämter. Damit war Pakistan ohne Präsident, ohne Premierminister und ohne Nationalversammlung.

Sein Nachfolger General Aslam Baig putschte ausnahmsweise nicht, sondern übertrug dem Vorsitzenden des Senates, Ghulam Ishaq Khan, die Leitung des Landes und der Regierungsgeschäfte. Außerdem wies er ihn an, freie und faire Wahlen abzuhalten. General Aslam Baig führte Pakistan auf den demokratischen Weg zurück.



Die „Pakistan People's Party“ unter Benazir Bhutto, die Tochter von Zulfikar Ali Bhutto, gewann die Wahlen mit einer einfachen Mehrheit in der Nationalversammlung. Sie besaß allerdings nur in einer der vier Provinzen die Mehrheit, Konflikte mit der Opposition waren vorprogrammiert, besonders mit ihrem größten Kontrahenten, Nawaz Sharif von der „Islami Jamhoori Ittehad“ (eine Allianz unter der Führung der „Pakistan Muslim League“). Anfangs genoß Benazir Bhutto, die derzeit im britischen Exil lebt, große Unterstützung durch das Militär. Doch schon nach achtzehn Monaten putschte die Armee mit Hilfe des Präsidenten Ghulam Ishaq Khan, nachdem ein Streik in der Stadt Karachi Chaos und tödliche Auseinandersetzungen forderte. Benazir Bhutto hatte außerdem mit Korruptionsvorwürfen zu kämpfen, außenpolitisch war Pakistan in den Afghanistankrieg verwickelt und es gab wieder einen Konflikt mit Indien wegen der Kashmir-Region. Die Armeeführung rechtfertigte

den Putsch mit der Aufrechterhaltung der Stabilität der inneren und äußeren Sicherheit des Landes, die Regierung sei dazu außerstande gewesen.

1990 fanden die nächsten Wahlen statt. Diesmal erreichte die „Pakistan Muslim League“ die einfache Mehrheit und regierte bis 1993. Wieder putschte das Militär mit Hilfe des Präsidenten, wieder wurden Neuwahlen angekündigt, wieder wurden dem Premierminister, diesmal Nawaz Sharif, und der Regierung Inkompetenz, Machtmißbrauch und Mißmanagement vorgeworfen. Die Wahl wurde zur Abwechslung von der „Pakistan People's Party“ gewonnen und Benazir Bhutto übernahm die Regierungsgeschäfte. Im Jahr 1996 – welche Überraschung – putschte die Armee abermals. Die Gründe? Siehe oben! The winner is: „Pakistan Muslim League“! Premierminister wurde abermals Nawaz Sharif.

Im Oktober 1999 wurde Premierminister Nawaz Sharif vom obersten General

Pervaiz Musharraf verhaftet und unter Hausarrest gestellt. Der Premier wollte seinen General absetzen und ihn durch den Chef des militärischen Geheimdienstes, Colonel Rashid Qurashi, ersetzen. Die Armee stand hinter ihrem General und ließ sich nicht spalten. Die Folge war wieder einmal ein Militärputsch. Das Ende ist noch nicht abzusehen. Irgendwann wird es wieder Neuwahlen geben, vielleicht kommt sogar Benazir Bhutto nach Pakistan zurück.

Die ganzen Jahre hindurch verhielten sich viele Pakistani wie unbeteiligte Zuschauer. Laut Berichten pakistanischer Medien nützen nur 24% der pakistanischen Bevölkerung ihr Wahlrecht, ausländische Medien sprechen gar nur von 18-20%. Es ist also auch kein Wunder, wenn sogar ausländische Medien konstatieren, daß der Großteil der pakistanischen Bevölkerung den letzten Putsch überaus gelassen hinnimmt. Die Zeit war wieder gekommen (seit 1988 wurde schließlich noch jede Regie-

rungsperiode vorzeitig beendet). Das Militär wurde langsam unruhig, besonders nach den letzten Kämpfen in Kashmir. Premierminister Sharif piffte die Armee aufgrund des internationalen Druckes zurück, noch dazu fühlten sich die Militärs den Indern überlegen.

Es scheint wie ein ewiger Kreislauf: Das Militär putscht aufgrund des Vorwandes der politischen Instabilität, eine Übergangsregierung ruft Neuwahlen aus, das Militär geht gegen politisch exponierte Personen vor und versucht, das Land durch starke Ausübung von Zwangsgehalt unter Kontrolle zu bringen und zu stabilisieren. Entweder die „Pakistan Muslim League“ oder die „Pakistan People's Party“ gewinnt die Neuwahl, entweder Benazir Bhutto oder Nawaz Sharif übernimmt das Amt des Premierministers, Putsch etc.

Das Militär und die militärischen Eliten spielen in der pakistanischen Politik eine bedeutsame Rolle. Sie bestimmen, wie lange eine Regierungsperiode dauert, sie bestimmen den Rhythmus des politischen Lebens und das Überleben der Akteure in der Politik. Ohne das Wohlwollen der militärischen Eliten geht nichts, wer auf Konfrontationskurs mit ihnen geht, kann seine politische Karriere praktisch als beendet ansehen. Hat das Militär die pakistanische Spielart der Demokratie wieder satt, beendet es genau diese mit dem Vorwand, daß die Demokratie in Gefahr sei mittels Putsch und übt sich wieder in Repression und Autokratie – nur um zu zeigen, daß das Militär weiterhin der bedeutendste Faktor der pakistanischen Politik ist.

Bahamas

Nr. 30 Herbst 1999

When Krauts Talk

Rosa Winkel gegen gelben Stern – Konkurrenz um die „beste Citylage“ • Geschichtspolitik mit der Wehrmachtausstellung • Philosophie für Friedhofsschänder: Heidegger, Derrida, Sloterdijk • Lafontaines „linke“ Werte • Sozialdemokratischer Krieg und Menschenrechte • Nationalismus und kollektive Asozialität • Wiederholungszwang und Erinnerung • „Jahrhundert der Lager“ und iz3w u.a.m.

Einzelpreis DM 7,50 (Vorauskauf / Briefmarken)

Abonnement DM 22,50 für drei Ausgaben;

Bahamas, Postfach 620628, 10796 Berlin

Fax/Fon: 030/6236944 oder bahamas@mail.nadir.org

NEUAUFLAGE!

Die Ethnisierung des Sozialen

Zur Transformation der jugoslawischen Gesellschaft im Medium des Krieges.

Eine überzeugende Hintergrundanalyse über die Umformulierung sozialer Auseinandersetzungen in nationalistische Konflikte.

160 S., 15,- DM zzgl. Versand

Anares^{Nord}

Postfach 1247 • 31305 Uetze
Tel./Fax 0 51 73 / 66 63

Salzburger Klarsichtsackerl gegen SS-Kameradschaftsauftreten

Widerstand gegen den Aufmarsch der SS-Kameraden am Kommunalfriedhof:

Am 1. November hat auch heuer wieder der Aufmarsch der Kameradschaft IV unter trauter Obhut der Kirche und mit Marschmusik am Kommunalfriedhof stattgefunden. Natürlich hat auch die FPÖ einen eigenen Zug gebildet.

Das diesjährige Projekt von Wolfram Kastner gegen den Aufmarsch der Alt- und Neonazis heißt „Salzburger Klarsichtsackerl“: Zu diesem Projekt zählt eine Podiumsdiskussion zum Thema „SSSehstörung“, zu deren Auftakt zwei Videofilme von Sabine Ibertsberger mit dem Titel „Aufmarsch am Friedhof“ gezeigt wurden, weiters die Broschüre „SSSehstörung“ von Wolfram Kastner in Zusammenarbeit mit der Galerie 5020 und dem Kulturgelände Nonntal sowie in der Galerie 5020 die Ausstellung mit Collagen, Fotos und Dokumenten zum Thema „Sehstörung“.

Der Widerstand formierte sich am 1. November am Kommunalfriedhof. Die Gebrauchsanweisung des „Salzburger Klarsichtsackerls“ hat nach Wolfram Kastner eine fundamentale Verbesserung der Sichtscharfe zur Folge: „1. Die Broschüre ‚SSSehstörung‘ enthält eine Beschreibung einiger der spezifischen sicht- und unsichtbaren Salzburgischen dunklen und blinden Flecken. ... 2. Die Schere ermöglicht den

traditionellen Scherenschnitt an der protzigen Erkennungsschleife am Kranz der Waffen-SS. 3. Die Fotokopie einer coupitierten SS-Bandrolle ermöglicht es, bereits vorab Probeschnitte anzulegen und die richtigen Schnittlinien zu finden. 4. Der Berechtigungsschein befugt Sie zur straffreien Trauer um die von der SS ermordeten Salzburger Juden sowie um die ermordeten Deserteure und alle anderen von den Nazis Verfolgten. 5. Das Grablicht dürfen Sie unter den Kranz für die ermordeten Salzburger Deserteure stellen. 6. Den Partezettel können Sie vielfältigen und am 1. November auf dem Kommunalfriedhof auslegen und/oder verteilen. 7. Mit dem Aufkleber ‚SSSehstörung‘ mögen Sie nach Belieben Orte und Situationen markieren, worauf sich eine verbesserte Scharfe richten sollte. 8. Mit dem Instrument läßt sich ein langgezogener trauriger Ton erzeugen, gegen die Marschmusik.“

Mit dem Ausstreuen von weißen Rosen auf dem Weg, auf dem die verschiedenen Verbände vorbei marschieren mußten, wurde jene Symbolik deutlich, die aufzeigt, was es heißt, über Leichen zu gehen. Auf den Rosen steckten Patezzettel mit den Namen der von der Waffen-SS ermordeten Menschen. Gespielt hat dazu eine jüdische Kapelle. Alle marschierenden Verbände haben ihre Formation aufgelöst und einen Umweg um die Rosen gemacht.



Nur eine nicht: Die Kameradschaft IV der Waffen-SS. Sie ist in Viererreihe über die Rosen getrampelt.

Gerade nach dem letzten Nationalratswählerbrechen ist antifaschistischer Widerstand nötiger denn je. Es geht aber nicht nur um die jüngere Geschichte, es geht auch um die Parallelen zu den heute geltenden menschenrechtswidrigen Fremdengesetzen, den Zynismus der ablehnenden Bescheide gegen Asylsuchende und um die rassistische Hetze von seiten der FPÖ, die sich nicht nur am 1. November mit den SS-Kameraden verbrüderd. Dagegen wehren wir uns.

Veranstaltungsreihe

Lustige Umtriebe

Allgemeine Wehrpflicht abschaffen?

Ist die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht ein Schritt in Richtung zivilere Gesellschaft?

Dazu diskutieren wir am Donnerstag, 13. Jänner 2000 um 20 Uhr

Frauen im Krieg

Macht Krieg patriarchale Beziehungen patriarchaler? Dazu diskutieren wir am Donnerstag, 10. Februar 2000 um 20 Uhr.

Beide Veranstaltungen im Kulturgelände Nonntal, Mühlbacherhofweg 5, 5020 Salzburg.

Spendensammlung für europäische Sicherheit

Kunstaktion bei der Waffenschau am Wiener Heldenplatz

Alle Jahre wieder organisiert das Bundesheer am 26. Oktober ein Happening mit Waffenschau am Wiener Heldenplatz. Die Plattform „Zur Neubewertung...“ beteiligte sich an dieser Veranstaltung. 25 AktivistInnen besuchten in kleinen Gruppen das Militärspektakel und baten die BesucherInnen der Heeresschau, Geld für die europäische Sicherheit zu spenden. Reaktionen und Diskussionen wurden auf Video und Tonband aufgenommen. Ein Aktivist: „Spannend war, daß SpenderInnen europäische Sicherheit nicht mit dem Bundesheer assoziierten.“ DiskutantInnen wurden die abgebildeten Flugblätter überreicht. Bundesheerangehörige reagierten zum Teil aggressiv auf antimilitaristische Äußerungen über Sicherheit.

Der Film zur Aktion soll demnächst fertiggestellt werden. Kontakt: ARGE für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit.

Sechszwanzigster Oktober Neunzehnhundertneunundneunzig

Herzlich willkommen in der Action-, Show- und Info-Welt des österreichischen Bundesheeres!

Wir hoffen, Sie genießen den Nationalfeiertag auf dem Heldenplatz. Das österreichische Bundesheer präsentiert sich heute, in lobenswerter Weise, als hervorragender Veranstalter eines großen Volksfestes - Action, Show, Info, so das launige Motto. Musik und hoffentlich gutes Essen sorgen für Ihre Zufriedenheit.

Doch es besteht Aufklärungsbedarf über die angebotenen Programmpunkte: Was heißt Action beim Bundesheer, wenn es nicht gerade ein Volksfest organisiert?

Action heißt wohl Krieg. Krieg schafft oder festigt Macht- und Einflußverhältnisse, niemals aber Frieden. In der „Partnerschaft“ mit, oder gar als Mitglied der NATO, möchte sich das Bundesheer dann an den künftigen Kriegshandlungen in anderen Ländern, im Namen der reichsten Staaten der Welt, beteiligen. Action heißt dann, daß jene Panzer, Hubschrauber und andere Waffen, welche heute von Groß und Klein als Requisiten eines Volksfestes bestaunt werden, Menschen töten! Und künftig wird die NATO, aber auch die EU, schlicht ohne UNO-Mandat entscheiden, wann und wo für das Schlagwort Frieden eingegriffen, zerstört und getötet werden soll. Auf das Leid der Menschen im Kosovo reagierte die NATO mit Krieg. Die Bombenangriffe haben die Lebensgrundlage aller Menschen in der Region verschlechtert, die Umwelt wurde zerstört, Haß genährt und der Frieden ist in weite Ferne gerückt. Auch von der Regierung des neutralen Österreichs wurde diese militärische Intervention als notwendig erachtet. Und unter NATO-Befehl steht das Bundesheer als SFOR, KFOR, usw., vor Ort.

Die Sorge um die Flüchtlinge endet jedoch abrupt an der österreichischen Grenze: mit einer über 9 Millionen teuren Inseratenkampagne bewirbt sich das Bundesheer mit seiner Jagd auf „Illegale“. Jene Menschen, deren Leid die Kampleinsätze im Ausland rechtfertigen sollen, werden hierorts nun durch Gesetze und durch eine entsprechende öffentliche Diskussion für „illegal“ erklärt. Zurückweisen, einsperren, wenn nötig zwangsweise abschieben - das alles passiert für Ihre Sicherheit. Tatsächlich ist Ihre Sicherheit weder durch eine Bedrohung von außen, noch durch Flüchtlinge gefährdet. Schon eher bedroht ist Ihre Zufriedenheit, durch den globalisierten Konkurrenzkampf im wirtschaftlichen und sozialen Leben! Darum fordern wir eine Umwidmung des Heeresbudgets (jährlich 20 Milliarden öSt) für zivile, soziale, menschenverbindende Projekte. Mehr Show, keine angstmachenden Infos, Action nur ohne militärischer Beteiligung!

Für die Abschaffung des Bundesheeres!

Kein Beitritt zur NATO/WEU,

keine Militarisierung Europas!

Für eine aktive Neutralitäts- und Friedenspolitik!



Impr.: Plattform Nein zu Krieg und Nationalismus; 1010, Schottengasse 3a

In Floridsdorf herrscht Krieg!

Mittwoch, 17. November 1999. Eine Gruppe von rund 30 Antimilitaristen formiert sich in Wien Floridsdorf zur Spontandemo. Das Bundesheer steht bereit, die Soldaten überwältigen die Demonstranten. – Kein Angriff auf die Demonstrationsfreiheit! Nein, die gemeinsame Herbstübung von Polizei und Bundesheer.

Leider wurde die Öffentlichkeit nicht über die besonderen Gefahren aufgeklärt, die von den Demonstranten ausging. Lediglich der Kurier berichtete über die Übung gegen die Antimilitaristen. Die gesamte Übungsannahme „Energie 99“ zeigt aber das Bild, das Exekutive und Bundesheer haben. Terroristen überfallen ein Kraftwerk,

eine Demo formiert sich. – Der Feind steht schon im Land: antimilitaristischer Demonstrant ist gleich Terrorist und damit muß sich die Staatsgewalt herumschlagen.

Da die Demonstranten von Polizeischülern gespielt werden mußten, steht zu befürchten, daß in der Ausbildung gezielt Ängste gegen Demonstrationen mobilisiert werden sollen.

Eine Frage bleibt jedenfalls offen: Wenn der Polizei und dem Bundesheer der Sinn fehlt, werden dann demokratische Grund- und Freiheitsrechte gerade von

denen als Bedrohung gesehen, die diese verteidigen sollten?

PS: Bei der Übung wurden zwei Polizisten von einer „Straßensperre des Bundesheeres“ im Maurer Wald angehalten, obwohl sie keine roten Armschleifen (Kennzeichnung als Feinddarsteller) trugen. Trotz der Beteuerung, daß sie nicht mitspielten, wurden die Polizisten mit der Begründung „ja, und wenn wir euch durchlassen, haben wir verloren“ festgehalten. Die der Freiheit beraubten Beamten reagierten mit einer Anzeige wegen Nötigung gegen die Heeresangehörigen.

Die Friedenssteuer



Im Zeitalter der Privatisierungen werden auch gesellschaftspolitischen Einrichtungen die Förderungen gestrichen, zu einem Zeitpunkt, zu dem sich die Gesellschaft unter Druck von Medien und ökonomischen-politischen Kräften nach rechts formieren läßt. Damit werden auch wir in unserer Arbeit zunehmend auf den Privatsektor als finanzielle Basis angewiesen werden. Allerdings werden unsere Anliegen nicht von

Multinationalen Konzernen oder privatwirtschaftlich orientierten Instituten unterstützt, sondern von Individuen. Diese geben damit ihrer Hoffnung Ausdruck, daß diesem Alltagsdruck, der jene mühsam in den siebziger Jahren in zentrale Positionen gerückten Werte wie Frieden, menschengerechtes Arbeiten, die Menschenrechte, als nicht zeitgemäß und der Kapitalverwertung entgegenstehend qualifiziert, noch immer Widerstand geleistet wird. Auch durch das Aufrechterhalten, das Ermöglichen unserer Arbeit, die in dieser Tradition des Kampfes für Menschenrechte steht.

**Spenden an die ARGE für Wehrdienstverweigerung,
Gewaltfreiheit und Flüchtlingsbetreuung:
BAWAG (BLZ 14000) Kto.Nr. 100 10 6705 73**

Die Zivildienstberatung



jeden Montag
ab 18⁰⁰ Uhr
in der Bürogemeinschaft
1010 Wien,
Schottengasse 3a/1/4/59

Die Armeeabschaffung

Die ARGE für Wehrdienstverweigerung, Gewaltfreiheit und Flüchtlingsbetreuung begrüßt den Beginn der Diskussion über den staatlichen Zwangsdienst. Das Bundesheer erfüllt keinen Zweck, der nicht von einer zivilen Organisation besser und kostengünstiger übernommen werden kann. Die Vision der Militärstrategen vom Kampf der Kulturen und vom Krieg in Europa ist eine gefährliche, weil die Armeen ihre Visionen mit Nachdruck umzusetzen versuchen. Ihre Prophezeiungen erfüllen sich somit, wenn die zivile Gesellschaft nicht stark genug dagegen ankämpft. Deshalb fordert die ARGE für Wehrdienstverweigerung, Gewaltfreiheit und Flüchtlingsbetreuung die Abschaffung des Bundesheeres.

Wird die Diskussion ausschließlich um den Zivildienst geführt, ist das eine Themaverfehlung. Der Zivildienst als staatlicher Zwangsdienst ist gleichzeitig mit der allgemeinen Wehrpflicht zu Grabe zu tragen, da er als Wehrrersatzdienst für Wehrdienstverweigerer konzipiert ist.

Befreien wir den Zivildienst vom Zwangskorsett, schaffen wir alternative zivile Dienste auf freiwilliger Basis, gut bezahlt und mit einer professionellen Ausbildung!

Armeeabschaffungsw Wein

Preis pro Flasche/für Mitglieder der ARGE oder ab 12 Flaschen

Weinbau Walter Zehetmayer, Feuersbrunn, NÖ

___ Flaschen	WEINVELTLINER	Grüner Veltliner, trocken, Qualitätswein gerebelt	55,-/45,-
___ Flaschen	WEINZWEIGELT	Zweigelt, trocken, Qualitätswein gerebelt	55,-/45,-

Weinbau Walter und Gabriele Mühlegger, Soss, NÖ, Ernte für das Leben

___ Flaschen	WEINCHARDON	Chardonnay, trocken, fruchtig	100,-/90,-
___ Flaschen	WEINRIESLING	Riesling-Sylvaner, unkomplizierter, leichter Weißwein	95,-/85,-
___ Flaschen	WEINPINOTNOIR	Pinot Noir, kräftiger, säurebetonter Rotwein	100,-/90,-
___ Flaschen	WEINBLAUER	Blauer Portugieser, milder, samtiger Rotwein	95,-/85,-
___ Flaschen	WEINSTEFANIE	Cuvée Stefanie, Qualitätssekt aus Welschriesling und Grünem Veltliner	200,-/190,-
___ Flaschen	WEINROSE	Cuvée Rosé, Qualitätssekt, Grundlage Blauer Portugieser	200,-/190,-
___ Flaschen	WEINGLÖGER	Glögerbrand, Destillat aus Hefe und Fruchtanteilen nach der Gärung	210,-/195,-

Plaimont Producteurs, St. Mont, Frankreich

___ Flaschen	WEINPLAIMONT	Plaimont Sélection, fruchtiges, unkompliziertes Rotwein-Cuvée	90,-/85,-
--------------	--------------	---	-----------

Bei Versand: zuzüglich 20% Versandkosten

T-Shirts, Präserlⁿ, Feuerzeuge, Anstecker

Einzelpreis

___ Stück	TSHIRTASYL XL	T-Shirt „Asyl für Deserteure“, XL	120,-
___ Stück	TSHIRTASYL XXL	T-Shirt „Asyl für Deserteure“, XXL	120,-
___ Pkg.	PRÄSERL	Präserl „Keine Soldaten für das Bundesheer“, 2 Stück	20,-
___ Stück	FEUERZEUG	Feuerzeug „Bundesheer abschaffen“	20,-
___ Stück	ANSTECKER	Anstecker „Zerbrochenes Gewehr“	25,-

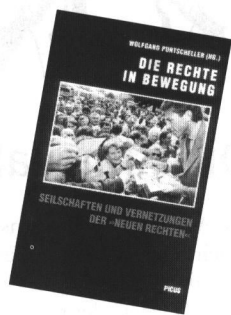
☐ Ich interessiere mich für die **Friedenssteuer** – senden Sie mir den Faltprospekt mit näheren Informationen zu!

Das Abo-Geschenk

NeuabonnentInnen erhalten – so lange der Vorrat reicht – eines der beiden nachstehenden Bücher. Rasch bestellen und Geschenkwunsch ankreuzen!



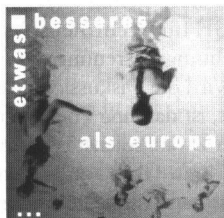
Ernst Lohoff: **Der Dritte Weg in den Bürgerkrieg** Jugoslawien und das Ende der nachholenden Modernisierung



Wolfgang Purtscheller (Hg.): **Die Rechte in Bewegung** Seilschaften und Vernetzungen der „Neuen Rechten“

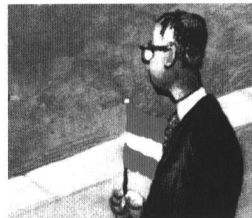


Aktuell: T-Shirts „Kein Mensch ist illegal“



Fast neu: CD „Etwas besseres als Europa“
total time 1:16:03

attwenger • b.d.f. • bone • dharma
bums insane • die knödel • hermann
wurzer • loud • m.g. firebug • naked
lunch • play the tracks of • puemp
• reas • schönheitsfehler • scrooge
• shaken not stirred • sigi maron •
sigis bruder • the more extended ver-
sions • those who survived the plague



Dauerbrenner: Ratgeber
Wehrdienstverweigerung

Die Abo-Bedingungen

Das **Context XXI**-Abonnement kann jederzeit schriftlich bestellt werden und beginnt mit der nächsterreichbaren Ausgabe. Das Abonnement gilt für den Rest des laufenden Jahrganges und für den darauffolgenden Jahrgang. Früher erschienene Hefte können – falls noch lieferbar – einzeln bestellt werden (Bestellschein unten). Das Abonnement gilt als um ein weiteres Jahr (8 Ausgaben) verlängert, wenn es nicht bis spätestens 15. Dezember schriftlich gekündigt wird. Die Kündigung ist nur zum Ende eines Jahrganges möglich. Das Abonnement ist gegen Rechnung im voraus zahlbar.

Das Probeabo: Sie erhalten die nächsten drei Ausgaben gratis zugesandt. Danach werden wir uns wieder an Sie wenden und Sie zu einer Fortsetzung des Bezugs im Normalabo einladen.

Preise:

Österreich: 250,- ATS
Ausland: 350,- ATS
Übersee: 450,- ATS
Förderabo: 700,- ATS

Bestellschein bitte senden (faxen) an: Bureau No.2, Schottengasse 3a/1/4/59, A-1010 Wien, Fax: ++43-1/532 74 16

Die Abo-Bestellung

Ich bestelle hiemit ein

- ☐ Abonnement
☐ Förderabonnement
☐ Probeabonnement

der Zeitschrift **Context XXI**
ab der nächsterreichbaren Ausgabe.

Als Abo-Geschenk

wähle ich folgendes Buch:

- ☐ Purtscheller: **Die Rechte in Bewegung**
☐ Lohoff: **Der Dritte Weg in den Bürgerkrieg**

Die Mediadaten

- ☐ Ich bin eventuell an einer Einschaltung in der Zeitschrift und/oder in der Internet-Ausgabe von **Context XXI** interessiert. Senden Sie mir bitte Mediadaten und Terminplan.
☐ und kontaktieren Sie mich telefonisch unter der Nummer:

Einzelhefte, Broschüren, T-Shirts, CDs ...

Einzelpreis

___ Stück	ZOOM0000	ZOOM-Heft(e) Nr.	35,-
___ Stück	CON0000	Context XXI-Heft(e) Nr.	35,-
___ Stück	ZOOM97045	Broschüre: Ratgeber Wehrdienstverweigerung – Zivildienst u.a.	50,-
___ Stück	ZOOM98067	Broschüre: Europa 2001 – Odyssee im Weltmarkt	70,-
___ Stück	ZOOM96045	Broschüre: Es muß nicht immer GLADIO sein – Attentate, Waffenlager, Erinnerungslücken ..	70,-
___ Stück	ZOOM97012	Broschüre: ImmerWEHREnd – NATO-Integration, Neutralitätsbrüche, Militarisierung	70,-
___ Stück	CDEUROPA	CD: Etwas besseres als Europa	80,-
___ Stück	TSHIRTKEIN SK	T-Shirt Kein Mensch ist illegal, schwarz, Aufdruck klein ☐ M ☐ L ☐ XL	120,-
___ Stück	TSHIRTKEIN SG	T-Shirt Kein Mensch ist illegal, schwarz, Aufdruck groß ☐ M ☐ L ☐ XL	120,-
___ Stück	TSHIRTKEIN BK	T-Shirt Kein Mensch ist illegal, blau, Aufdruck klein, Größe XL	120,-
___ Stück	TSHIRTKEIN BG	T-Shirt Kein Mensch ist illegal, blau, Aufdruck groß, Größe XL	120,-

Besteller/in:

Datum:

IG Kultur Dokumentationen

NEU!

sektor3medien99

Kurskorrekturen
zur Kultur- und Medienpolitik

Hg.: Gerald Raunig, Martin Wassermair
183 Seiten, öS 190,- (Mitglieder öS 160,-)
zzgl. Versandkosten
IG Kultur Österreich 1999,
ISBN 3-9500544-4-8

Eine Dokumentation der Medienkonferenz
Linz 1999. Mit Beiträgen von: *Eric Kluitenberg, Claus Leggewie, Oliver Marchart, Robert Zöchling, Konrad Becker u. a.*

Bestellungen im Büro der IG Kultur
Österreich, Viktorgasse 22/8, A-1040 Wien,
Tel.: 01/503 71 20, Fax: 01/503 71 20-15,
e-mail: ig.kultur@thing.at



IG Kultur Österreich

Context XXI im Buchhandel:

Die Zeitschrift ist in folgenden,
gut sortierten Buchhandlungen erhältlich:

Wien:

Bücher-Zentrum Wipplingerstraße
Infoladen 10
Monte Verità
Kolisch
Winter
Zentralbuchhandlung

Berlin:

Argument
Schwarze Risse

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

4-99

Krieg & Moral am Balkan:
Ein deutscher Lernprozess

Peter Sloterdijk:
Menschenbildner gerät in tiefe Wasser

Indonesien: Demokratisierung
eines Krisenlandes mit Folgen

Kapitalismus in Rußland:
Reformprojekt abgesagt
Polens Ärger mit den Kosten der Freiheit

Tschernobyl und kein Ende:
Ukraine braucht Kontrolle

Ab sofort in folgenden Buchhandlungen erhältlich:

Bücherzentrum, Wipplingerstr. 37, 1010 Wien
Kolisch, Rathausstr. 18, 1010 Wien
Zentralbuchhandlung, Schulerstr. 1, 1010 Wien
Winter, Landesgerichtsstr. 20, 1010 Wien

ca. 280 Seiten, ATS 180,-, ISSN 0941-5831

Gerhard Scheit:

Verborgener Staat, lebendiges Geld Zur Dramaturgie des Antisemitismus

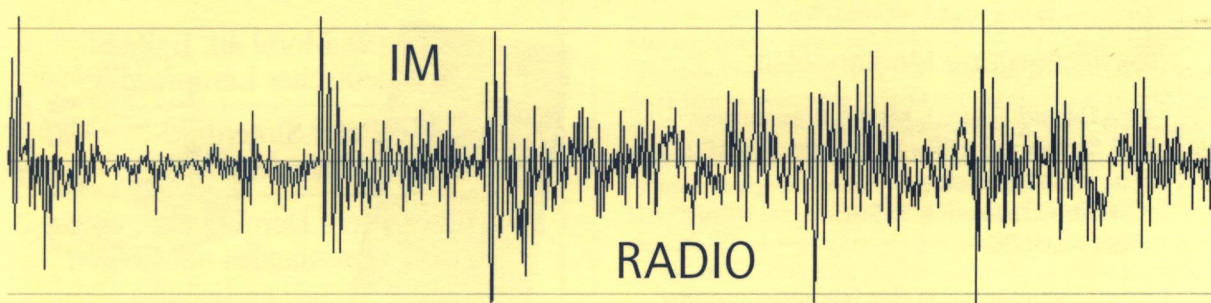
ça ira Verlag Freiburg. 587 Seiten. Gebunden
DM 58,- / öS 423,- ISBN 3-924627-63-0



Die Tradition reicht von der christlichen Passion bis zum national-sozialistischen Film, von Shakespeare und Bach bis Richard Wagner und Rainer Werner Fassbinder: Das merkwürdig obsessive Bedürfnis, den Haß auf die Juden „spielbar“ zu machen, ihn in Szene und sogar in Musik zu setzen, verweist auf eine „universelle Zwangsneurose“ (Freud). Mögen der Phantasie nun Gottesmörder oder Wucherer, schöne Jüdinnen oder ewige Juden, Ritualmörder oder raffende Kapitalisten entspringen – sie ist stets vom selben Wunsch besessen: das Unheimliche des abstrakt gewordenen Reichtums, das ‚sich selbst vermehrende‘ Geld zu personifizieren. Eine Kulturgeschichte der Barbarei.

Erhältlich im Buchhandel oder direkt beim Verlag ça ira:
Postfach 273, D-79002 Freiburg
isf-e.v@t-online.de
<http://isf-freiburg.org>

Context XXI



Antimilitarismus heute und der Krieg von morgen

Gespräch mit Christian Herz, Berlin

Themen:

- Entstehung der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär
- Stand der Wehrdienstverweigerung in Deutschland
- Armeekonzepte der Zukunft
- Der Kosovo-Krieg und der Krieg der Zukunft

Der imperiale Krieg

Geostrategie am Balkan

Themen:

- Präsentation des Buches „Balkankrieg – Die Zerstörung Jugoslawiens“ durch den Herausgeber Hannes Hofbauer
- Wirtschaftliche und politische Großmacht-Interessen als Gründe für die zehnjährige Zerstörung Jugoslawiens und den jüngsten NATO-Luftkrieg

Krieg, Sinn und Wahnsinn

Die politische Ökonomie
der Interesselosigkeit

Themen:

- Vortrag von Uli Krug, Redakteur der Berliner Zeitschrift *Bahamas*
- Nicht wirtschaftliche oder politische Interessen, sondern die Unfähigkeit zu positiven Interessen und rationalen Entscheidungen der Großmächte als Kriegsgründe

Seit Oktober dieses Jahres produzieren wir auch Radiosendungen, die wir ausschließlich Freien Radios allerdings im gesamten deutschsprachigen Raum anbieten. Nach den ersten drei, oben angeführten Sendungen befinden sich zwei weitere kurz vor der Fertigstellung: **Antisemitismus und deutsche Arbeit** sowie **Konkretionswahn und Antisemitismus**.

Die aktuellen Sendetermine sind unserer Internet-Ausgabe (<http://contextXXI.mediaweb.at>) sowie gegebenenfalls den Programmen der freien Radios zu entnehmen. Da sich bereits einige neue InteressentInnen für eine Mitwirkung an diesem Zweig von **Context XXI** gefunden haben, hoffen wir, die Unregelmäßigkeit demnächst zur Regelmäßigkeit wandeln zu können.

Hören Sie sich das an!

Dauernde Sendevereinbarungen bestehen derzeit mit:

Radio FRO, Linz
im Rahmen des
FROzine,

Mo bis Fr / 1800 bis 1930



www.fro.at

Radio ORANGE, Wien
im Rahmen von
ORANGEaktuell,

Mo bis Fr / 1915 bis 2000



www.orange.or.at

Radio AGORA, Klagenfurt
zu unterschiedlichen
Sendezeiten



www.buk.ktn.gv.at/agora